

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee – Januar 1986 Nr. 60

2,-



**Für unser
Widerstandsrecht!**

**Demonstration
am 1.2.1986 in München**

EDITORIAL

Liebe Abonnenten und Freunde,

leider konnte der DID Nr. 60 zum geplanten Termin November 85 nicht erscheinen. Die Reaktion hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. In Bayern wird momentan der Versuch unternommen, bestimmte Demonstrationen ganz prinzipiell zu verbieten.

Das Anti-Strauß-Komitee hat sich entschlossen, alle Kraft daran zu setzen, daß dieser Vorstoß der CSU durch eine Demonstration beantwortet wird, die von breitesten Teilen der Betroffenen mitgetragen wird. Das vorläufige Ergebnis unserer Bemühungen können Sie an den Solidaritäts-Zuschriften im beigelegten Flugblatt ablesen. Ebenso finden Sie in dem Flugblatt eine Beschreibung der Vorfälle in München/Haidhausen, die Anlaß für das Demonstrationsverbot und unserem „Aufruf“ sind. Weil es sich aber nicht um spezifisch Münchner Probleme handelt, gehen wir im DID auf das derzeitige Vorgehen der Polizei und das neue Gesetz zum Landfriedensbruch (Zimmermann) und das Polizeiaufgabengesetz ein.

DIDs schreiben und lesen ist die eine Seite, Politik auf der Straße die andere. Wir fordern alle auf die DEMONSTRATION FÜR UNSER WIDERSTANDSRECHT AM 1.2.86 durch Anwesenheit und möglichst auch durch einen finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Spendenkonto: Postscheckkonto Jacobi, München, 28 82 65-809

Inhaltsverzeichnis:

Demokraten im Visier: Polizeiaufgabengesetz und Landfriedensparagraf	S. 3	Handlungsreisender	S. 20
Die Renazifizierung der Polizei	S. 10	Von der Wende enttäuscht	S. 21
Frankfurt, 28. September 1985	S. 12	Deutschland-Resolution	S. 22
„Für die Freiheit sterben?“ Über die Ehre des deutschen Soldaten	S. 14	Antifaschisten in Aktion:	
Kulturelles Beiprogramm zu 30 Jahre Bundeswehr	S. 17	Vorlesungsfrei für Dr. Freundl	S. 22
Strauß in Aktion:		„Erzieherische Wirkung“	S. 24
Ambitionen für Deutschland	S. 20	Aufgeregtes Schongau	S. 24
		Zur Diskussion: Die CSU verbieten?	S. 26

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15.-
☐ ein Förderabonnement DM 30.-

des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

**Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2**

**Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65-809**

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden:
Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Demokraten im Visier: Polizeiaufgabengesetz und Landfriedensparagraf

Todesopfer der inneren Sicherheit

Am 21. März 1983 wird der 14-jährige Jürgen B. in Gauting von einem Zivilbeamten erschossen. Er hatte sich nachts in einem Freizeithaus aufgehalten. Der Polizist hält das Kind für einen Einbrecher - Grund genug, den tödlichen Schuß abzufeuern.

Am 25. August 1983 fährt der betrunkene Gerhard F. in Köln mit seinem Fahrrad Schlangenlinien. Zivilbeamte mit gezogener Waffe stellen und erschießen ihn.

Am 28. März 1984 wehrt sich ein Bauer in Eschlkamp/Bayern mit einem Besenstiel gegen eine Polizeikontrolle. Dabei „lösen sich zwei Schüsse“ aus der Waffe des Beamten und töten den Mann.

Am 7. Oktober 1984 werden zwei Jugendliche in Greene / Niedersachsen, die aus der Haftanstalt geflohen sind, von der Polizei verfolgt. Die Beamten schießen mit der MP auf den Wagen der Flüchtenden und treffen den 16-jährigen Mike S. tödlich.

Pro Jahr werden im Schnitt 15 Menschen von Polizeikugeln tödlich getroffen - seit 1971 insgesamt 212 Personen.

Sie wurden zu Opfern einer Polizei, in deren Schießkellern das Ziel, Täter lediglich fluchtunfähig zu schießen, „längst aus der Mode gekommen ist“ (so ein Frankfurter Schießausbilder). Ende 1980 wurde eine neue Schießausbildung für die bundesdeutsche Polizei getestet. Eine „aggressive Grundhaltung“ ist unerlässlich, denn „um zu überleben, müssen sie gnadenlos schnell handeln. Sie müssen so gut treffen, daß ihre Gegner nicht mehr auf sie schießen können.“ (Aus der Grünen Gebrauchsanleitung des Stuttgarter Schießschützen und Schießausbilders Siegfried Hübner).

Die Bestrafung der Todesschützen entspricht der Ausbildung. „Wenn jeder fürchten müßte, eine Klage an den Hals zu bekommen, dann würde doch keiner mehr bereit sein, etwas zu riskieren.“ (nach Stern 51/1981) Riskiert werden muß aber, um „Ordnung und Sicherheit“ aufrechtzuerhalten und deshalb werden die meisten der eingeleiteten Ermittlungsverfahren wieder eingestellt - falls es überhaupt so weit kommt. Meist „handelte der Beamte

in Notwehr“ oder der Schuß wurde „versehentlich abgegeben“ oder es war eine „außerordentlich tragische Verkettung unglücklicher Umstände“.

Kommt es entgegen solcher Abwägung doch zu Anklagen, weil das begangene Unrecht zu sehr die Öffentlichkeit auf den Plan gerufen hatte, so gehört es zur Tradition westdeutscher Gerichtsbarkeit, den Staatschützen entweder freizusprechen oder zu einer geringen Freiheitsstrafe mit Bewährung oder zu einer Geldstrafe zu verurteilen. Disziplinarrechtlich hat das meist keinerlei Folgen, denn erst ab Strafen über 12 Monate droht die Entlassung aus dem Dienst.

Der Polizist, der Jürgen B. erschoss, bekam 6 Monate auf Bewährung; der Beamte, der Gerhard F. auf dem Gewissen hat, wurde zu 8 Monaten mit Bewährung verurteilt. Gegen die Todesschützen von Eschlkamp und Greene kam es nicht einmal zu Gerichtsverfahren.

Die Exekutive schießt und die Justiz fordert zu neuen Taten auf: „Diese Entscheidung darf nicht dazu führen, daß sich Polizisten in Zukunft zurückhalten“ - so die Richter, die den Todesschützen von Gauting verurteilen.

Auch wenn die einzelnen Organe unseres „Rechtsstaats“ so einmütig zusammenarbeiten - Polizeiübergriffe kann man sich nicht unbegrenzt leisten. Hier greift dann endlich der Gesetzgeber ein - nicht aber, um die Todesschützen endlich so zu bestrafen, wie sie es verdient hätten, sondern um Gesetze zu schaffen, die aus Übergriffen reguläres polizeiliches Handeln werden lassen, kurz: die Unrecht in Recht verwandeln. Seit 1977 existiert der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeiaufgabengesetz; nur Bayern (1978), Rheinland-Pfalz (1981) und Niedersachsen haben die Todesschützengesetzgebung übernommen. Der Schuß auf Kopf und Herz wird nicht nur zur Abwehr von Lebensgefahr legitimiert, sondern auch „wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung körperlicher Unversehrtheit ist.“ (Art. 45-47 Bayr. PAG) Konkret: bekommt ein Polizist in einem Handgemenge Angst, er könnte verletzt werden, kann er schießen auf dem Boden des Gesetzes, ohne sich nachher rechtfertigen zu müssen.

Die Herren der Lage - Großeinsätze der Polizei

Brutale Polizeiübergriffe bei Demonstrationen oder Protestveranstaltungen gehören seit Bestehen der westdeutschen Polizei zu deren Standardrepertoire. Das letzte Menschenleben, das die Polizei auf dem Gewissen hat, ist Günter Sare, der am 28. September während einer Demonstration gegen das NPD-Treffen in Frankfurt von einem Wasserwerfer der Polizei gejagt wurde, bis er unter dessen Rädern starb. Ein Augenzeuge, der Gewerkschafter Willi Schmidt, sagte: „Der Scheinwerfer wurde eingeschaltet, [der Wasserwerfer] spritzte sofort los und fuhr dann ... mit Tempo in die Hufnagelstraße. Links und rechts spritzte natürlich alles auseinander und auch in der Mitte. Ich habe mich nachher gewundert, daß nur einer verletzt wurde. Ich meine den Günter Sare, der nachher starb.“



gesehen an einem Wasserwerfer in
Frankfurt. aus: taz

Es ist tatsächlich ein Wunder, daß bei den gnadenlosen Einsätzen der Polizei nicht mehr Menschen sterben. Schwerverletzte gab es bei jeder Demonstration der letzten Jahre:

- Ob bei der Demonstration gegen Brokdorf im Jahr 1981, wo als Demonstranten verkleidete „Zivile“ mit Holzpölen auf friedlich abziehende Demonstrationsteilnehmer von hinten einknüttelten;
- ob bei der Demonstration gegen die Startbahn West in Frankfurt 1981, als die Polizei ihre in Zeiten der Studentenbewegung eingeübte „Leberwursttaktik“ anwendete und die Rohrbachstraße von beiden Seiten abriegelte, um dann unter dem Befehl „Knüppel frei“ die Menschen schwerverletzt zu prügeln;

- ob bei den Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen den Tod von Günter Sare in Frankfurt 1985, als die Polizei die Menschen jagte und auf am Boden liegende Wehrlose eindrosch, als seien sie Vieh;

- ob bei dem Polizeieinsatz in Haidhausen am 12. Oktober 1985, als die Polizei einen ganzen Stadtteil abriegelte, um ein legal angemeldetes Straßenfest von WAA Gegnern niederzuprügeln - die Polizei kennt keine Grenzen, wenn sie gegen Antifaschisten, Kriegsgegner, Kernkraftgegner, Demokraten vorgeht. Ausgerüstet mit Wasserwerfern, aus deren Rohren das Wasser mit 16 bar schießt (der Feuerwehr genügen 10 bar!) und mit den neuen „Langknüppeln“ aus Eschenholz oder Plastik, die sich beim Schlag der Kopfform anpassen und Hirnverletzungen, Blutergüsse und große Wunden verursachen, ist die Polizei vor Ort im Einsatz. (Frankfurter Rundschau 15.11.85).

Demonstrationsteilnehmer sehen sich einer Streitmacht gegenüber, die entschlossen ist, den gewaltsamen Sieg zu erringen. Die aufgebotene zahlenmäßige Stärke der eingesetzten und hochauferüsteten Polizeieinheiten steht in keinem Verhältnis zur Zahl der Demonstrationsteilnehmer: in Gorleben 1980 waren 12.000 Polizeivollzugsbeamte der Bereitschaftspolizeien aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein sowie des Bundesgrenzschutzes aufgeboten, um etwa 3000 Platzbesetzer wegzuschleifen, zu knüppeln, mit Pferdestaffeln und Polizeihunden zu verjagen. In Freiburg 1980 wurden 1.200 Beamte samt Spezialeinsatzkommandos gegen 60 Hausbesetzer eingesetzt. In München belagerte eine Armee von 3000 Polizisten und Bundesgrenzschützern den Stadtteil Haidhausen, um 150 Teilnehmer des Straßenfestes festnehmen zu können.

Die Polizisten, die bei Demonstrationen im Einsatz sind, sind speziell für den Kampf gegen Menschenmengen ausgebildet. Als Spezialeinsatzkommandos oder Mobile Einsatzkommandos, verstärkt durch Einheiten des Bundesgrenzschutzes, in Kampfanführungen oder in Zivil, prügeln sie den Widerstand nieder.

Vor den Großeinsätzen werden die Polizeieinheiten einer speziellen Kasernierung unterworfen: tagelang vor dem Ereignis, oft über Wochenenden, werden sie abgeschottet von äußeren Einflüssen und Kontakten, in großen Hallen, ohne Tisch und Stuhl, auf Notliegen lagernd, einer miserablen Verpflegung und unhygienischen Verhältnissen ausgeliefert. Solche Zustände wurden im Zusammenhang mit dem Brokdorf-Einsatz 1981 beschrieben,



„Die Blutwurst ist halt die Lage, in der du bist.“

wie auch vor und während der Einsätze gegen die Startbahn-Gegner. „Das Klima der Isolation macht die betroffenen Polizisten aggressiv und empfänglich für Propaganda und Manipulation der Polizeiführung.“ (Rolf Gössner, Uwe Herzog. Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei, Köln 1984). Vor der Räumung des besetzten Bauplatzes bei Gorleben 1980 wurden beispielsweise Bundesgrenzschutzbeamte mithilfe ausgewählter Filme über Demonstrationen in die „notwendige Stimmung“ versetzt. Unter dem Titel „Zeugen aus der Innenwelt“ lassen Gössner/Herzog einen Polizeibeamten aus Frankfurt zu Wort kommen, der jahrelang Dienst auf dem Frankfurter Innenstadtrevier tat:

„Die politische Lage momentan läßt die Penner, wenn man so will, in Frieden, oder die Rauschgiftsüchtigen, weil dafür keine Zeit ist, diese Arbeit ist momentan nicht so wichtig. Jetzt sind die Chaoten wichtig. Die stören ja meine Freizeit, die lassen mich nicht

meine Arbeit machen, was der einzelne auch immer darunter versteht, und wenn's nur Besorgungsfahrten sind. Dementsprechend baut sich da eine Wut auf, wenn das längere Zeit so geht. Das spielt alles mit rein, das sitzt dann alles im Schlagstock drin. Oder ich kann nicht hoch nach Kassel, wo ich herkomme, oder die Kollegen aus Bayern, die sagen sich, was soll ich denn hier in Frankfurt, anonym, kenne niemanden. Die schlafen am Flughafen, in irgend so einem Hangar, und die ganze Nacht läuft da eine Klimaanlage, und das brummt und summt, da kommen die dann rein, Pritschen sind aufgestellt, da stinkt es drin wie im Ziegenstall, und daheim haben sie ein Bett stehen, da wartet die Frau oder die Freundin, und dann spitzt sich das zu. Da hat ein Lehrer einen Artikel geschrieben, daß es eine besonders präparierte Blutwurst gäbe für Polizeibeamte, die an der Startbahn eingesetzt werden. Das ist natürlich Unsinn. Die ‚Blutwurst‘ ist halt die Lage, in der du bist.“ (Apparat)

„Meinen allerherzlichsten Dank ...“

(CSU Stadträtin Äckerlein, München)

Nach Demonstrationseinsätzen wird das begangene Unrecht von den politisch Verantwortlichen und der Justiz erst recht gedeckt und damit der nächste Übergriff vorbereitet. „Ihren allerherzlichsten Dank für diesen rauen Einsatz“ stattete die CSU Stadträtin Gisela Äckerlein der Polizei für deren Überfall auf das Haidhauser Straßenfest ab. CSU Kiesel hatte die „Ursache bei den Störern“ entdeckt und fand die Kritik an der Polizei „kleinkariert“. (FR 1.11.85)

Bisher haben hessische Spitzenpolitiker aus den Reihen von CDU, SPD und FDP noch nichts zu den Äußerungen von Polizisten verlaun lassen, die nach dem Tod von Günter Sare Demonstranten mit Sätzen: „Endlich haben wir einen von Euch erwischt“ oder „Euch müßte man bis zum Hals auf dem Hauptbahnhof einzementieren. Und wenn morgens die Arbeiter kommen, treten sie Euch die Köpfe zu Brei.“ (taz 14.11.85), provozierten. Der oberste Dienstherr der hessischen Polizei, Innenminister Winterstein, hat es auch noch nicht für nötig befunden, sich für das Benehmen seiner Beamten zu entschuldigen, die die Mutter Günter Sares einen Tag nach dem Tod ihres Sohnes vor dem Polizeirevier verhört und verspotteten.

Im Gegenteil: Beamte, die bei den diversen Einsätzen als Prügler auffallen, können sich der Sympathie ihrer Vorgesetzten und der politisch Verantwortlichen sicher sein. Der junge Poli-

zist Gerd Baier (Name geändert), der in der Polizeischule Wiesbaden ausgebildet wurde, sagte in einem Interview mit der Zeitung taz: Bei den Startbahneinsätzen hätten junge Polizisten, die sich noch in der Probezeit befanden und kräftig den Knüppel schwengen, eine Art Freistempel erhalten. „Die konnten sicher sein, daß sie nach Ablauf der Probezeit übernommen werden.“ (taz 14.11.85)

„Der Angeklagte kann es gewesen sein, er kann es aber auch nicht gewesen sein“

(Staatsanwalt Galm/Frankfurt)

Von Amts wegen werden in den seltensten Fällen Ermittlungen gegen die Polizei eingeleitet, allenfalls geschieht das aufgrund von Strafanzeigen Betroffener oder Zeugen. Daß es dazu erst gar nicht kommt, verhindert die Polizei oft schon im Vorfeld: Als der Richter Elmar Donie miterlebte, wie während der Protestdemonstrationen gegen den Tod Günter Sares 6 Bahnpolizisten auf dem Frankfurter Hauptbahnhof auf einen wehrlosen, am Boden liegenden Mann einschlugen und versuchte, dem Mann zu Hilfe zu kommen, wurde er von den Polizisten als Schwein beschimpft: „Was wollen sie denn machen, wenn sechs von uns bezeugen daß sie Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet haben?“ Inzwischen haben sich 20 (!) Polizisten bereit gefunden, zugunsten ihrer Kollegen auszusagen. (FR 11.10.85)

Ganze vier Jahre hat es gedauert, bis über den Umweg einer Anklageerhebung gegen den Einsatzleiter Philipp wegen Körperverletzung mittels Waf-

fen im Amt in Sachen Rohrbachstraße 1981 überhaupt ein Verfahren eröffnet wurde. Ganze zwei Jahre ermittelte die Staatsanwaltschaft und über ein Jahr dauerte es, ehe die 14. Strafkammer im Oktober dann das Hauptverfahren eröffnete. Daß Philipp wegen „mittelbarer Täterschaft“ angeklagt ist, hat seinen Grund: die eigentlichen Prügler der Polizei sind nämlich - aus naheliegenden Gründen - nicht zu ermitteln. Da nützte dem Pressefotografen Böhm auch das Photo seines uniformierten Peinigers nichts. Die Staatsanwaltschaft erklärte achselzuckend, daß der betreffende Polizist „nicht zu ermitteln sein“.

„Schnappt die Prügler“ meinte selbst das Boulevardblatt „Abendpost/Nachtausgabe“, nachdem einige Journalisten dieser Zeitung - trotz gezielten Presseausweises - in den letzten Wochen im Zuge der Sare-Demonstrationen von Polizisten zusammengeschlagen wurden. Die „Prügler“ werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit „nicht geschnappt“. Staatsanwalt Galm stellt im Rahmen eines Verfahrens gegen einen Polizisten, der sich an der Startbahn West an einem Journalisten vergriffen hatte fest: „Der Angeklagte kann es gewesen sein, er kann es aber auch nicht gewesen sein. Es ist eben sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, einen Polizisten in Einsatzmontur hinterher in Zivil wiederzuerkennen.“ (taz 14.11.85). Drei eindeutige Zeugenaussagen und zahlreiche Fotos reichten dem Gericht nicht zu einer Verurteilung aus. Bei der Freispruchsbegründung stützte sich der Richter u.a. auf die Polizeizeugen, die mit dem Angeklagten „Schulter an Schulter“ im Einsatz waren und die „nichts aber auch gar nichts“ gesehen haben.

Damit junge Juristen auf solche Fälle vorbereitet werden, dafür sorgt zum Beispiel der Frankfurter Staatsanwalt Weiss-Bolland. Aus einer eidesstattlichen Erklärung eines ehemaligen Gerichtsreferendars über die Ausführungen, die Weiss-Bolland im Jahr 1975 vor einer Arbeitsgemeinschaft von Gerichtsreferendaren machte: „Demonstranten beschuldigen Polizeibeamte immer wieder verschiedenster Übergriffe. Ich bin überzeugt davon, daß ein Großteil dieser Beschuldigungen zutrifft. Aber nachweisbar sind solche Übergriffe so gut wie nie, weil Polizeibeamte sich durch entlastende Aussagen wechselseitig decken. ... Und das ist auch gut so. Ich weiß, sie haben Rechtsstaatsbedenken. Aber sie müssen folgendes bedenken: diese wechselseitige Deckung von Polizeibeamten ist oft unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer Polizei, wie wir sie brauchen. ... Wenn ich den Poli-



Der Fotograf Böhm knipste 1981 an der Startbahn West, wie Polizisten flüchtenden Demonstranten nachsetzten und sie verprügelten. Bevor sich die Polizisten auf ihn stürzten, drückte Böhm noch einmal auf den Auslöser. Das gestochen scharfe Bild des Polizisten genügte nicht: der Polizist konnte - wie immer - nicht ermittelt werden.

zisten bejahe, der nach vorn rennt, um sich mit Linksradiakalen zu prügeln ..., dann muß ich diesem Charakter auch zugestehen, hierbei einmal zu weit zu gehen. ... Wo kämen wir denn hin, wenn ein Polizist sich nicht mehr auf die Kameradschaft seiner Kollegen verlassen könnte, wenn er sich nicht mehr darauf verlassen könnte, daß sein Kamerad zu ihm hält und ihn notfalls deckt." (Apparat)

Der „Charakter“ geht zu weit und schießt dabei auch mal einen Menschen über den Haufen. Die Staatsanwälte machen sich zu Komplizen. Und die politisch Verantwortlichen verbinden mit ihrem Dank an die Polizei die Forderung nach einem „kraftvollen Staat“: „Unser Staat darf und wird sich von solchen Gewalttättern nicht erpressen lassen. Die Bundesrepublik wird von freigewählten Parlamenten und Regierungen, nicht von der Straße regiert.“ (Kohl in einem Interview mit der Bildzeitung am 1.10.85). Man bedient sich der Toten, die die Polizei schafft, weil man sie braucht, um den Demokraten Schritt für Schritt ihre Rechte zu rauben: „Außerdem bin ich dafür, daß Strafverfahren gegen solche Gewalttäter ... rascher durchgezogen und die Täter schneller bestraft werden.“ (Kohl) Das Schnellverfahren will Kohl.

Gerichtsverfahren, die den Betroffenen zuweilen noch die Möglichkeit geben, Zeugen zu ihrer Entlastung aufzubieten, soll es in Zukunft nicht mehr geben. Der Blutrichter Freisler war im Faschismus Spezialist für solche Art der „Rechtssprechung“ (- was nicht heißt, daß dieser Staat ein faschistischer Staat ist. Was aber zeigen soll, daß für eine faschistische Diktatur schon viele Instrumente bereitgestellt sind.) So paßt eins zum anderen. Übergriffe mit und für's System. „Ordnung und Sicherheit“ dieses Staates kosten ihren Preis. Das Volk zahlt.

Gesetze für die Polizei = Rechtlosigkeit für Demokraten

Es gibt kein Gesetz, das das Niederprügeln von Demonstrationsteilnehmern legitimieren würde. Doch in einem Land, in dem der Schuß in die Menschenmenge gesetzlich abgesichert ist, braucht es kein Gesetz zur Legitimation des Schlagstockeinsatzes. Der wird sozusagen auf unterster administrativer Ebene geregelt.

Neben dem finalen Todesschuß wurde im Musterentwurf des einheitlichen Polizeiaufgabengesetzes auch der Schuß in die Menschenmenge Gesetz, mit der Einschränkung, „wenn für den Polizeibeamten erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit ge-

fährdet werden“. Aber: „Unbeteiligte sind nicht Personen in einer Menschenmenge, die Gewalttaten begeht oder durch Handlungen erkennbar billigt oder unterstützt, wenn diese Personen sich aus der Menschenmenge trotz wiederholter Androhung ... nicht entfernen (Bayer. PAG Art. 45-47). Dabei gilt nach herrschender Rechtsprechung als „gewalttätig“ bereits eine Ansammlung von Menschen, die beispielsweise einen Sitzstreik auf Fahrbahnschienen machen (passiver Widerstand als „Gewalt“), oder eine Menschenmenge, aus der ein Stein fliegt.

Wenn dieser Staat seine Polizei mit einem Mehr an Befugnissen ausstattet, heißt das automatisch ein Weniger an demokratischen Rechten für den Bürger. Doch mit der Einführung des Polizeiaufgabengesetzes war es noch nicht genug. Die CSU hat nicht umsonst ihren Vorposten Zimmermann in Bonn etabliert. Als Bundesinnenminister setzt er Gesetze durch gegen solche Menschen, die sich trotz drohenden Schusses noch auf die Straße trauen und ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen. Seine Waffe ist der Paragraph gegen den Landfriedensbruch: 1970 von der sozialliberalen Koalition liberalisiert, hat Zimmermann ihn im Sommer 85



Polizeimeister Fischer hebt einen Pflasterstein auf und schleudert ihn auf einen Pressefotografen ; aus „Konkret“

wieder verschärft. Noch muß er sich mit einem Kompromiß zufriedengeben: nach geltendem Recht können nur solche Mitglieder einer „gewalttätigen Menge“ wegen Landfriedensbruch verhaftet und angeklagt werden, die „bewaffnet sind“, die „ihre Identität verbergen“ und die „Gegenstände mit sich führen, die erkennbar dazu geeignet sind, Vollstreckungsmaßnahmen abzuwehren.“ (Eine Menge ist dann „gewalttätig“, wenn aus ihr ein Stein fliegt, eine Transparentstange erfüllt den Tatbestand der „Bewaffnung“, seine „Identität verbirgt“, wer einen Wollschal um den Mund trägt und „Vollstreckungsmaßnahmen wehrt ab“, wer eine dicke Lederjacke zum Schutz vor Polizeiprügeln trägt.)

Das genügt Zimmermann noch nicht. Sein Kollege Hillermeier, bayerischer Innenminister, sagt, wie es ern hätten: „Das geltende Recht, das nur die Gewalttäter mit Strafe bedroht, reicht nicht aus, um diesen Gewalttaten wirksam begegnen zu können.“ (Bayernkurier 5.2.85)

Die Stoßrichtung solcher Gesetze ist klar: jeder, der seinen Protest öffentlich zu machen wagt, soll in Zukunft von der Verhaftung bedroht sein. Ein Stein genügt, um jeden Teilnehmer einer Demonstration zum Gewalttäter werden zu lassen. Ein Steinwerfer findet sich schon.

Ein Blick zurück ins Jahr 1981 nach Nürnberg: als damals 141 Jugendliche nach einer Demonstration gegen Wohnungsnot und Häuserspekulation verhaftet wurden und teilweise bis zu drei Monaten in bayerischen Gefängnissen verschwanden, war das „tausendfältige Grundrechtsverletzung“ (so der Staatsrechtsprofessor Küchenhoff). Die Eltern der Betroffenen und Demokraten aus ganz Deutschland protestierten in Nürnberg gegen diesen eklatanten Rechtsbruch. Setzt Zimmermann seinen Landfriedensparagrafen in seiner schärfsten Form durch, dann gibt es keine Möglichkeit mehr, sich auf geltendes Recht zu berufen, wie das in Nürnberg noch möglich war, so wenig das auch ist. Dann ist Nürnberg Gesetz.

„Es besteht der Verdacht, daß er verdächtig ist...“ (Bertolt Brecht)

Der neue Musterentwurf des Polizeiaufgabengesetzes

„In der Kommunistenhatz der fünfziger Jahre wurde vielfach gegen geltendes Recht gehandelt. In den siebziger Jahren wurde peinlichst die Form des Rechts gewahrt, um materiell Grundrechtspositionen und Rechtsstaatsprin-



Photographierender Polizist bei Demonstration: Schritt hin zum Schnüffelstaat

zipien preiszugeben, soweit sie exekutiven Sicherheitsinteressen hinderlich waren.“ (der Polizeiforscher Werkentin)

Wenn die Grenzen des Gesetzes für die Polizei zu eng werden, müssen sie erweitert werden. Gleichzeitig mit der Verschärfung des Landfriedensparagrafen wird zur Zeit ein neues Polizeiaufgabengesetz betrieben. Dazu der baden-württembergische Landespolizeipräsident Alfred Stümper: Wie ein „Maßanzug“ solle das Gesetz „gut anliegen, aber darf nicht so eng sein, daß schon beim zweiten Schritt die Hose hinten reißt.“

Was sich hier so salopp und harmlos anhört, ist nichts anderes als ein Ermächtigungsgesetz für die Polizei. Zauberswort, das der Exekutive Tür und Tor öffnet, ist der Begriff von der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“. Bis 1977 band das Gesetz polizeiliches Handeln an konkrete Straftaten und Gefahren. Mit dem Musterentwurf von 1977 wurde die Polizei ermächtigt, weit im Vorfeld des Verdachts oder einer konkreten Gefahr einzugreifen.

Ein Sprung ins Jahr 1977 ist nötig, um zu sehen, was damit alles schon möglich wurde: Für den 24. September 1977 hatten über 100 Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen aus der BRD, Holland, Frankreich, Belgien zu einer Demonstration in Kalkar gegen den Bau des „Schnellen Brüters“ aufgerufen. Die Polizei war mit 12.444 Beamten im Einsatz. Sie richtete im gesamten Bundesgebiet einschließlich Westberlin Kontrollstellen ein, um alle zur Demonstration Reisenden zu kontrollieren, zu durchsuchen und zu registrieren. Mit Panzerwagen wurden Straßensperren errichtet, die Kontrollstellen wurden von Hundertschaften mit Maschinenpistolen bewaffneter Beamter gesichert. Insgesamt wurden so an einem Tag nahezu 75.000 Fahrzeuge und 147.000 Perso-

nen überprüft. Weit über 10.000 Personen gelangten wegen der oft stundenlang dauernden Kontrollen nicht oder nicht rechtzeitig nach Kalkar. Die polizeilichen Kontrollmaßnahmen erfolgten ohne jegliche Rechtsgrundlage.

Die Grenzen des Gesetzes waren zu eng und so schritt der Gesetzgeber ein. Mit dem Polizeiaufgabengesetz von 1978 wurde dieser Übergriff legitimiert. Seitdem ist die Polizei befugt, „auf öffentlichen Straßen und Plätzen und anderen öffentlich zugänglichen Orten Kontrollstellen“ einzurichten (§ 111 StPO) auf richterliche Anordnung. Nach § 163b und c StPO ist selbst die vorläufige Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung von Personen zugelassen, die „ausdrücklich formuliert nicht einer Straftat verdächtig“ sind, „wenn und soweit dies zur Aufklärung einer Straftat geboten ist.“ (§ 163b Abs. 2)

- Die 80 jungen Leute, die 1981 in Berlin vor einer Demonstration gegen die amerikanische Aufrüstungspolitik von der Straße weg festgenommen und ohne Angabe von Gründen in Zellen eine Nacht eingesperrt wurden;

- die 25 Menschen, die am 12. November 1985 vor dem Gelöbnis an der Feldherrenhalle einfach festgenommen wurden,

sie alle wurden auf dem Boden des Gesetzes in Vorbeugehaft genommen, ein Mittel, das im Faschismus gang und gäbe war.

Vorbeugehaft und Kontrollstellen waren erst der Anfang. Was mit dem Musterentwurf 77 begonnen wurde, soll jetzt endlich weitergeführt werden. Der Musterentwurf 1985 soll legalisieren, was die Polizei längst schon die ganze Zeit tut: jeden zu bespitzeln und zu registrieren, gegen den sie einen Verdacht hegt. Die Gesetzesentwürfer machen

daraus keinen Hehl: „Alle vorgesehenen Regelungen laufen im Prinzip auf eine präzisere gesetzliche Fixierung des „Ist-Zustandes“ hinaus.“ (Spiegel 42/1985)

Daß es dabei nicht um Hebammen, Abschleppunternehmer, Schlosser oder Blutspender geht, auf die im Gefahrenfall zurückgegriffen werden kann - wie Befürworter des Gesetzes phantasieren - liegt auf der Hand. Es geht um all jene, die an dem, was dieser Staat seinen Menschen zumutet, etwas auszusetzen haben, und die bereit sind, ihre Kritik öffentlich zu machen. Mit dem neuen Musterentwurf wird zu Recht, was in den folgenden aktuellen Fällen noch polizeiliche Übergriffe waren:

- Anlässlich des Begräbnisses von Günter Sare wurden von der Polizei systematisch alle Kfz-Kennzeichen im Bereich Hufnagelstraße erfaßt. Um 8.54 Uhr und später mindestens noch zwei weitere Male erging ein entsprechender Funkspruch an alle Einsatzkräfte der Polizei (FR 11.10.85). Begründung für die Bespitzelung: es bestand der Verdacht, daß die Insassen der Wagen Waffen oder Wurfgegenstände transportierten.

- Auf dem Weg zur Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf am 12. Oktober 1985 in München wurden Demonstrations Teilnehmer bei Hammelburg (Landkreis Bad Kissingen) von der Polizei gestoppt. Der Bus, in dem sich die Gruppe, bestehend aus Mitgliedern des örtlichen Bund Naturschutzes, der Grünen und der SPD befanden, war schon längere Zeit von Zivilbeamten der Polizei verfolgt worden. Die Polizisten verlangten die Personalausweise und notierten die Namen auf einer Liste. Ebenso erging es einer Gruppe aus Freiburg, die auf dem Gelände der Autobahnmeisterei Augsburg von einem großen Polizeiaufgebot empfangen wurde. Auch dort wurden Listen mit den Businessassen angefertigt. Um Kontrollstellen - nach dem Musterentwurf von 1977 legal - konnte es sich nicht gehandelt haben, da gezielt nur einzelne Busse überprüft wurden.

Das Notieren von Adressen oder Autokennzeichen nimmt sich harmlos aus angesichts dessen, was die Polizei mit dem neuen Musterentwurf an ihrer Seite in Zukunft darf: ob Lauschangriffe auf Wohnungen, ob das Filmen von Demonstrationen oder gezielte Tonbandmitschnitte von Gesprächen, ob der Einsatz von Untergrundagenten - nichts ist gegen das Gesetz. Und damit die gewonnenen „Erkenntnisse“ dem Verfassungsschutz und MAD legal zugänglich gemacht werden können und damit die „Erkenntnisse“, die Verfassungsschutz und MAD bei denselben Aktionen gewannen, von der Polizei legal benutzt werden können, sieht der Mus-

terentwurf den unbehinderten Austausch von Daten zwischen Polizei und Geheimdiensten vor. Die Exekutive übernimmt Geheimdienstaufgaben, der Geheimdienst erhält einen exekutiven Arm - eine „Generalkommission der Inneren Sicherheit“ entsteht (Bürgerrechte und Polizei, Cilip, Heft 21, Nr. 2/85)

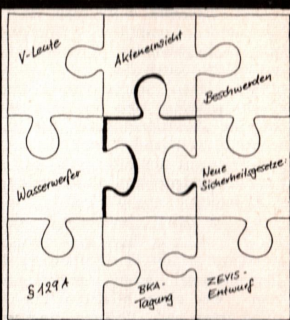
Daß das in direktem Widerspruch zum Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts steht, das ausdrücklich das „informationelle Selbstbestimmungsrecht“ des Bürgers feststellt und das den Schutz des Bürgers gegen unbegrenzte Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner Daten an oberste Stelle setzt, schert die Gesetzgeber wenig. Mit den schlichten Sätzen: „... dieses Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ ist indessen nicht schrankenlos gewährleistet. Grundsätzlich muß der einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen.“, hatte man das unangenehme Hindernis weg und konnte zum informationellen Selbstbestimmungsrecht der Polizei schreiten.

Was da auf uns zukommt, wenn nicht endlich eine breite Öffentlichkeit dagegen angeht, ist ein Ermächtigungsgesetz für die Polizei und damit ein weiterer rasanter Abbau von demokratischen Rechten: des Korsetts der konkreten Gefahrenabwehr endlich ledig, sammelt die Polizei Daten, gibt diese Daten weiter, holt sich die, die ihr fehlen und nimmt fest, wen sie verdächtigt, daß er sein Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrnimmt.

Wie sagte Kohl doch in seinem Interview mit der Bildzeitung kurz nach dem Tod Günter Sares? „Die Bundesrepublik wird von freigewählten Parlamenten und Regierungen, nicht von der Straße regiert.“ Es ist an der Zeit, daß die Demokraten endlich auf die Straße gehen, um diese Parlamente und Regierungen daran zu hindern, daß sie die Friedhofsruhe in diesem Land durchsetzen.

Literaturangaben zum Thema:

- Cilip - Bürgerrechte und Polizei
- Gössner / Herzog, Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei, Köln 1984
- Kutscha / Paech, Im Staat der „Inneren Sicherheit“, Frankfurt 1981
- Werkentin, Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt 1984



Bürgerrechte & Polizei

Cilip 22
Nr. 3/1985
Preis 9,- DM

Herausgeber: H.Busch, K.Dieckmann,
A.Funk, U.Kaub, C.Kunze, W.-D.Narr,
F.Werkentin

Ausgabe 21: Neue "Sicherheits"-Gesetze
Dokumentation und Kritik der geheimen
Entwürfe für:

MAD-Gesetz - VIS-Gesetz
"Amtshilfe"-Gesetz - Datenschutzgesetz
Polizeirecht (ME), Fass. 1985

Ausgabe 22: Neue "Sicherheits"-Gesetze:

Dokumentation: "ZEVIS"-Gesetzesentwurf
- Recht auf Akteneinsicht
- Polizeiliche Wasserwerfer
- § 129a StGB als "polizeil." Befugnissnorm
- IMK-"Thesen" über "Verdeckte Ermittler"
und V-Leute

Redaktion CILIP
Winklerstr. 4a
D-1000 Berlin 33

Versand Kirschkern
Lietzenburger Str.99
D-1000 Berlin 15

Preis/Einzellheft: DM 9,- plus Versand
Jahresabo (3 Hefte)
Personen: DM 21,- plus Versand
Institutionen: DM 40,- plus Versand

Treu und Glauben: Sterben in der Bundeswehr

In den ersten 30 Jahren Bundeswehr starben 2000 deutsche Soldaten. (Laut Bundeswehr läßt sich die Todesursache im einzelnen nicht mehr angeben). Weitere 2000 begingen in der größten „Kameradschaft“ Selbstmord.

Befehl und Gehorsam fordern Opfer:

1960: Ein Unteroffizier befiehlt seinen Rekruten: „Rechts weg-treten! Marsch, marsch!“ Zwei gehorchten, traten nach rechts weg, stürzten in den Abgrund der Schlucht bei Unterjettenberg und sind tot. Der Unteroffizier war ortskundig. (Konkret 12/85)

Was Zimmermann in Bonn
und Gauweiler in
München wollen...



Demonstration
am 1.2.1986 in München

Die Renazifizierung der Polizei

Sepp Beranek ist ehemaliger Kriminalkommissar und lebt heute als 73-jähriger in Selb. Als Soldat in den 2. Weltkrieg geschickt, wurde er in Afrika verwundet und kam in Kriegsgefangenschaft nach Amerika. Nach Ende des Krieges kehrte er nach Westdeutschland zurück und trat in den Polizeidienst ein. Er mußte miterleben, wie dieses Land systematisch von den alten Faschisten wieder durchsetzt wurde und begann deshalb bald nach Kriegsende, Material über NS-Kriegsverbrecher zu sammeln. Er verfügt heute über das größte private NS-Verbrecherarchiv Westdeutschlands.

Wir möchten Sepp Beranek an dieser Stelle unseren herzlichen Dank sagen. Zum einen für die freundschaftliche Aufnahme, die er uns gewährte. In den drei Tagen, die wir bei ihm waren, ließ er uns an seinem Wissen teilhaben und führte uns in sein Archiv ein. Zum anderen danken wir Sepp Beranek für das Interview, das Sie unten abgedruckt sehen und das uns ein Stück westdeutscher Geschichte plastisch und eindringlich vor Augen führt.

Wir wünschen Sepp Beranek, daß er noch lange den Mut und die Kraft aufbringt, gegen die Reaktion in diesem Land zu kämpfen.

DID: Welche Politik verfolgten die USA nach Kriegsende gegenüber den NS-Kriegsverbrechern?

Sepp Beranek: Als der Krieg zu Ende ging, als die Amerikaner am Rhein standen, da erließ Eisenhower folgenden Aufruf am 3. April 1945: „In den von meinen Truppen besetzten Gebieten Deutschlands werden wir die nationalsozialistische Partei liquidieren und die von ihr aufgestellten grausamen Gesetze und Unterjochungsbestimmungen aufheben. Wir werden den deutschen Militarismus, der den Weltfrieden so oft gestört hat, ausmärzen. Die Militär- und Parteichefs, die Angehörigen der Gestapo und die übrigen für Verbrechen und Grausamkeiten verantwortlichen Personen werden abgeurteilt und bestraft werden, so wie sie es verdienen.“

Diese Eisenhower-Proklamation wurde in den Gefangenenlagern in Amerika angeschlagen und es wurde angefordert, daß sich alle diejenigen Kriegsgefangenen melden sollten, die mit dem Nazismus nichts zu tun hatten, die Antifaschisten waren und die im Widerstand gewesen waren. Ich habe



Sepp Beranek

mich gemeldet und wurde dann nach Fort Eustis gebracht. Dort nahmen wir an einem Lehrgang teil, vor allen Dingen wurden uns die schrecklichen Filme von Flossenbürg, Dachau, Buchenwald gezeigt. Wir wurden aufgefordert, an der Entnazifizierung mitzuarbeiten, wenn wir nach Deutschland zurückkämen.

Zurück in Deutschland, habe ich mich bei der Polizei beworben und kam zur Landespolizei auf einen Posten nach Neckargemünd bei Heidelberg. Ich erinnere mich, daß mir schon 1947 Bedenken kamen, ob das auch der richtige Weg ist, den die Amerikaner unternehmen, denn es ist aufgefallen, daß sie sehr viele Leute als Agenten beschäftigt haben - alles ehemalige hohe SS-Führer. So zum Beispiel den Barbie, der war damals schon bei der CIC in Augsburg. Oder einer der nach Kriegsende meistgesuchten Naziverbrecher, der Dr. Franz Sixt, der zwar hoch bestraft worden war, aber schon 1948 oder 1949 wieder entlassen wurde und dann zum amerikanischen Geheimdienst und später zum BND von Gehlen kam.

Ich habe mich damals weniger um die politische Seite gekümmert, sondern alle erdenklichen Lehrgänge bis zum Oberbeamten-Lehrgang gemacht. Mir ging es in erster Linie um die Aufnahme in die Kriminalpolizei. 1950 wurde ich dann in die Kripo übernommen.

DID: Ab wann haben Sie begonnen, Material über Naziverbrecher zu sammeln?

Sepp Beranek: Damals war eine große Treibjagd der amerikanischen Geheimdienste. Viele Naziverbrecher waren ja auch eingesperrt worden. Und dann stellte ich fest, daß mit jedem nächsten Kriegsverbrecherprozeß die Gnadenerlasse mehr und die Strafen weniger geworden sind. Im letzten Prozeß, im sogenannten Wilhelmsstraßenprozeß, in dem auch der Vater des jetzigen Bundespräsidenten, der Herr Ernst von Weizsäcker, verurteilt wurde, da hat man schon gemerkt, daß es ruhiger wird. Damals begann ich, alles verfügbare Material zu sammeln.

1951 ist mir aufgefallen, daß der Herr Eisenhower sich genau um 180 Grad gedreht hatte, denn jetzt auf einmal wußte er ein Loblied auf die ehemaligen deutschen Soldaten der Wehrmacht zu singen und hat auch gewisse Kreise der SS eingeschlossen in dieses Lob. Und es war der Hochkommissar Mc Cloy, der dann schon angefangen hat, 1949/50 verurteilte Naziverbrecher aus Landsberg rauszuholen, vor allen Dingen die Industriellen - und da merkte der Dummste in Deutschland, daß die Krupp, die Thyssen, die Flick wieder in ihre Ämter kommen, anfangen aufzurüsten, und daß dann die Wehrmacht nur noch ein Ding der Zeit war, bis sie wiederkam als Bundeswehr. Dann war ich abkommandiert 1954/55 zum sog. KPD-Verbotsprozeß Karlsruhe. Da habe ich zum ersten Mal den Ostberliner Starnwalt Prof. Dr. Kaul gehört und habe erfahren, daß die drüben in der DDR konsequent gegen die Nazi-Verbrecher vorgehen und habe auch gemerkt, daß viele der Nazis von der DDR zu uns geflohen sind. Bei uns wurden sie überhaupt nicht mehr verfolgt. Als der KPD-Prozeß zu Ende war, das war 1956 im Juli - 4 Wochen später wurde die Bundeswehr gegründet.

DID: Wie ist es Ihnen in der westdeutschen Polizei ergangen als jemand, der sich nicht damit abfinden konnte, daß die alten Naziverbrecher nach und nach an die Schaltstellen zurückkehrten?

Sepp Beranek: Ich habe mich zunächst hauptsächlich um meine Arbeit gekümmert, ich war eingespannt in meinen Beruf. Aber es fiel mir dann auf, daß plötzlich einer nach dem anderen, von denen ich wußte, daß sie bei der SS oder der Gestapo gewesen waren und daß sie 1948/49 im Zivilrock oder im umgeänderten SS-Rock mit abgetrennten Dienstgradabzeichen rumgelaufen waren, wieder zurückgekehrt sind. Auf einmal waren sie alle wieder da.

Dann waren sie wieder Kommissar, Oberkommissar - und ich kenne ja eine ganze Menge, die es zum Kriminaldirektor gebracht haben. Und es hat gar nichts ausgemacht, daß sie entsetzliche Verbrechen begangen haben, ich denke da an den Hamann, der in Wiesbaden Polizeichef wurde und ein Massenmörder ersten Ranges war. Ich habe dann zwar alle die Lehrgänge unter den ersten 3 bestanden, habe mich um Stellen als Kommissar beworben. Und dann habe ich festgestellt, ich kann mich bewerben und bewerben, aber mein Polizeipräsident war ja selber ein alter Hitlerjugendführer.

Das war der Heinz Gerecke, Landespolizeipräsident von Nordbaden in Karlsruhe. Und man kann sagen, daß so um 1956/57, zusammen mit der neugegründeten Bundeswehr, auch die Polizeieinheiten und der Polizeieinzeldienst, genau wie der Kriminaldienst und vor allen Dingen die Geheimdienste voll besetzt waren von hinten bis vorne von alten Nazis, mit Naziverbrechern, mit SS-Leuten aus der Ära Canaris, der Abwehr, dem Reichssicherheitshauptamt und der Gestapo. Also, ich konnte einfach nicht aufücken, bis ich mich damals 1957 ganz energisch in einem Brief an den damaligen SPD Innenminister gewandt habe, damit ich endlich meine Beförderung zum Kommissar kriege. Es mag so Mitte 1957 gewesen sein, als in Baden-Württemberg die Wende kam von der SPD-Regierung zur Kiesinger-Filbinger-Bilfinger Ära. Und dann hatten die alten Nazi endgültig Oberwasser, wir anderen wurden unterdrückt. Bei meiner Sammlung - und das haben meine Vorgesetzten auch gemerkt, meine Kollegen haben's wohl auch gemeldet - da hab ich dann Saures gekriegt. Ich mußte schließlich doch zum Kommissar befördert werden in Weinheim. Dort war ich 4 Jahre.

Am 20. November 1954 erließ der Bundeskanzler Erhard einen Aufruf an die gesamte Welt, man möge doch mitarbeiten in der Aufklärung von Naziverbrechen, und ich habe mich gemeldet, daß ich Ost-Material habe. Das waren Dinge, die bei uns abgeliefert wurden, die hätte ich normalerweise wieder nach oben abliefern müssen; aber wo soll ich Dinge, wo meine Vorgesetzten drinstehen ihnen abliefern, damit sie sie vernichten? Das kann man sich ja sparen.

Als dann am 9. Dezember 1964 bei der 151. Sitzung des Bundestages über die Verjährung von Naziverbrechen gesprochen wurde, da setzte ich mich an die Schreibmaschine und schrieb, daß ich Ostmaterial hätte. Und Anfang Februar schrieb ich dann meinem höchsten Vorgesetzten, dem baden-württembergischen Innenminister Dr.

Hans-Karl Filbinger, daß mein Polizeipräsident Gerecke in dieser Ostbrotschüre als alter Nazi aufgeführt ist. Und damit hatte ich mir schon mein Genick gebrochen. Natürlich gibt es überall „gute“ Kameraden, so wurde mir z.B. von Kollegen vorgeworfen, ein anonymer Brief ist eingegangen bei den Vorgesetzten, ich hätte das Horst-Wessel-Lied gesungen, ich hätte bei einem Richtfest auf die Juden gehetzt - es gab dann Ermittlungen, Vernehmungen, unsagbar, kilometerlang, reine Schikane, ein Zermürben, diese ewigen Vernehmungen.

Zu meinen fachlichen Ausrüstungsgegenständen gehörte vom ersten Tag an das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“. Es war herausgegeben vom Ministerium für Sonderaufgaben im Frühjahr 1946. Und dieses Gesetz ist für mich entscheidend. Aber das Gesetz wurde vielleicht drei, vier Jahre beachtet und dann wurde es klammheimlich unter den Teppich geschoben. Es gilt heute noch. Ich habe hier eine Nachricht vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz vom November 1984, die das bestätigt.

Ich wurde dann krank, und als ich Ende 1964 wieder zum Dienst zurückkehrte, da war mein Platz schon besetzt, da mußte ich dann Ablagearbeiten machen, reine Schikane. Ich bin dann nicht mehr zum Dienst, ich

konnte es einfach nicht mehr ertragen, unter Naziverbrechern als meinen Vorgesetzten zu arbeiten. Durch das Material aus dem Osten bekam ich einen Einblick in die ganze Tragweite. Und im April 1960 wurde einer der größten Verbrecher meiner Meinung nach, der Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer vom höchsten DDR-Gericht zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt in Abwesenheit. Und ich begreife nicht, daß der Mann mich heute 1982/83 anzeigen kann, nur weil ich über ihn die Wahrheit sagte, aber er hat erst angefangen nach der Wende. Die Wende war am 1. Oktober 1982 und am 4. Oktober hat er angefangen, mich anzuzeigen. Jetzt wohne ich in Selb, habe für die Presse als freier Journalist gearbeitet und weiter Material gesammelt über Naziverbrecher. Ich kann sagen, daß ich wohl das größte private NS-Verbrecherarchiv der Bundesrepublik besitze. Zum Schluß: als 73-jähriger, der mit offenen Ohren und Augen durch die Welt gegangen ist, sage ich heute am 2. November 1985: ich wundere mich nicht, daß unsere BRD vollgepfropft ist mit Raketen, mit Giftgas, daß wir riesengroße Flugplätze haben für einen Angriff gegen den Osten, der uns gar nichts getan hat und daß in allen hohen Ämtern entweder noch alte Nazis sitzen oder mit hohen Pensionen sich zur Ruhe gesetzt haben.

Auszug aus einem Leserbrief von Sepp Beranek an die Frankenpost (Hof) und das Selber Tagblatt vom 6. Juni 1961

„F. J. S. im Widerstand gegen Hitler“

Wenn Franz Josef Strauß tatsächlich ab Winter 1943/44 im „Widerstand“ war, warum verfolgt er dann den Nazi-verfolgten, Widerständler und Kazettinik Bernt Engelmann seit Jahren als „Ratte und Schmeißfliege“? Warum nahm er zum Wiederaufbau der Bundeswehr nahezu 200 teils schwerbelastete Nazi-Militärs? Warum wurde die bayerische Polizei nach 1945 mit schwer- und schwerstbelasteten SS-Schergen aufgebaut?

Dazu nur ein paar Beispiele aus vielen: Der SS-Oberstleutnant im Raum Krakau und Lublin (KZ Majdanek), Konrad Rheindorf, schuldig am Tod Tausender Unschuldiger, wurde nach 1945 stellvertretender Leiter der Polizei Schwabens in Augsburg. Der überbelastete SS- und Polizeiführer Paul Amthor eignete sich nach 1945 zum Bezirkshauptmann der bayerischen Gendarmerie. Fritz Riedel, nach 1945 Kriminalkommissar in München, war vor 1945 SS-Hauptsturmführer, SS-Nr. 327 283, Träger des Ehrenwinkels für alte Kämpfer und wird von der

DDR zu den 250 übelsten NS-Verbrechern in Polizei und Kripo gezählt. Der SS-Hauptsturmführer der Reserve, Bauer, ehemaliger Gestapist, aus der Nazi-Zeit übel beleumundet, wird von der DDR beschuldigt, als Nachkriegsleiter der Abteilung Politische Polizei in München dem dort inhaftierten KZ-Arzt und Massenmörder Dr. Eisele zur Flucht aus dem bayerischen Polizeigewahrsam verholfen zu haben. Ein Dr. Erwin Hacker, ehemals aktives Mitglied der sudetendeutschen Henlein-Gruppe, NSDAP- und NSKK-Führer, als Polizeibeamteter im sogenannten Protektorat von der CSSR schwer belastet, wurde nach 1945 Oberrichter in Bayern und Leiter der Polizeischule in Fürstfeldbruck. Nicht minder einsatzfreudig für den Polizeinachwuchs in Bayern nach 1945 zeigte sich Josef Remold als Präsident der Bayerischen Bereitschaftspolizei. Die Qualifikation hierzu holte er sich als SS-Kommandeur und „energischer Partisanenkämpfer“ (sprich: Juden- und Fremdvölker-Vernichter). Wurde er deshalb 1958 als geeignet empfunden, im Kiesinger-Filbinger-Staat mit der Leitung von „Bürgerkriegsübungen“ betraut zu werden?

Frankfurt, 28. September 1985

Die Mörder

trafen sich. Der Mord an Arbeitern und Demokraten war und ist ihr Programm. Das haben sie bereits einmal bewiesen. Der Weltbrand, den sie entfachten, kostete 55 Millionen Menschen das Leben.

Die Nazis wissen, wer ihre Gegner sind. Und die wollten sie provozieren. Deshalb trafen sie sich im Frankfurter Gallus-Viertel, wo fast nur deutsche und ausländische Arbeiter wohnen. Die NPD hielt ihre Versammlung ausgerechnet in dem Saal, in dem den Ausschwitz-Mördern der Prozeß gemacht wurde. 40 Jahre danach - nicht als Angeklagte, sondern als ordentliche Mitglieder einer faschistischen Partei, deren Existenzberechtigung von diesem Staat niemals in Zweifel gezogen wurde.

Das Opfer

heißt Günter Sare, 36 Jahre alt, Arbeiter. Aufgewachsen im Gallus-Viertel, sein Vater starb früh, die Mutter mußte für drei Kinder aufkommen. Günter Sare machte eine Lehre als Bauschlosser. 1968 war er zum erstenmal auf der Straße dabei. Im Gallus-Viertel machte er bei der Blockade gegen den Springer Konzern mit. Die Solidarität zwischen ausländischen und deutschen Kollegen war für ihn selbstverständlich. Nie wieder Faschismus hieß für den Arbeiter Sare: Nein zur NPD! Solange die Faschisten offen unter uns sind, kann der Arbeiter, das ganze Volk, nicht ruhig

schlafen. Man muß sie bekämpfen, wo immer sie sind. Ihr organisatorisches Verbot muß erreicht werden. Dafür ist Günter Sare auf die Straße gegangen. Er bezahlte es mit seinem Leben. Ein Wasserwerfer der Polizei tötete ihn.

Die Polizei

schützte die Nazis. Mit Helmen, Schilten, Gummiknüppeln, Hundestaffeln und Wasserwerfern - bezahlt von den Steuergeldern der Werktätigen. Eingesetzt zum Schutz ihrer Todfeinde. Kein Nazi hatte es nötig, Gewalt anzuwenden. Das hat die Polizei für sie erledigt. Pflastersteine wie ihre Gegner haben die Nazis nicht gebraucht. Sie haben den Schutz der bewaffneten Staatsgewalt - wozu bräuchten sie da noch Pflastersteine. Das haben die Nazis gar nicht nötig bei einer Polizei, die zu ihrem Schutz auch über die Leichen der Antifaschisten geht.

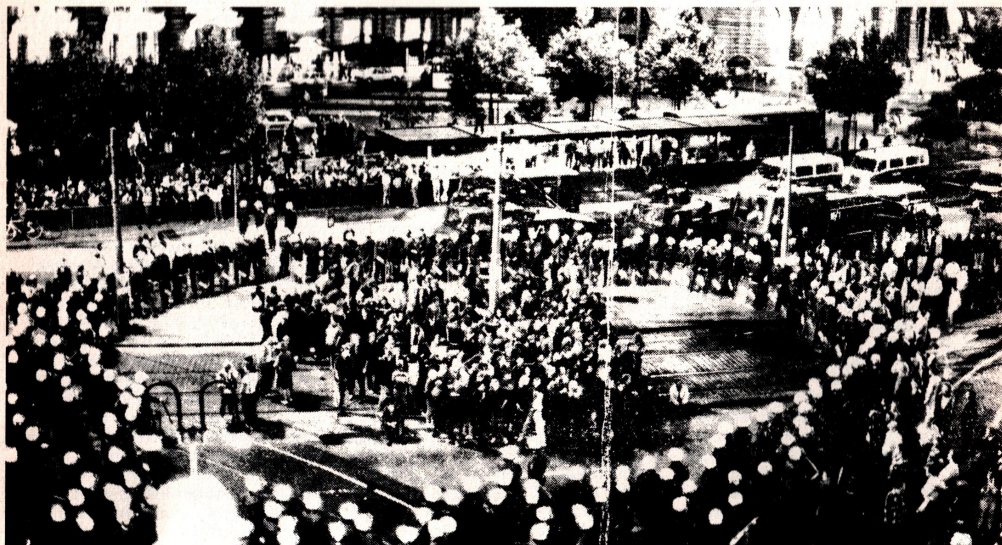
Die Gerichte

haben es den Nazis allein in Hessen 17mal amtlich bestätigt: Die Braunen sind ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Demokratie und deshalb muß die Stadt Frankfurt ihnen ihre Säle geben. „Juristisch gäbe es keine Handhabe gegen die Nazis“ lautet die sattem bekannte Ausrede. Das ist natürlich gelogen. 1945 erließen die Alliierten das Gesetz Nummer 5, das alle „Handlungen verbietet, die in irgendeiner Weise den Fortbestand oder die Wiederauf-

nahme“ nazistischer Aktivitäten „vorbereitet oder zur Folge haben könnten“. Dieses Gesetz gilt heute noch, denn in Art. 139 Grundgesetz heißt es: „Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Mitte November 1985 hat das Frankfurter Verwaltungsgericht erstmals diese Bestimmungen angewandt und der NPD öffentliche Räume verweigert, weil es „nicht unwahrscheinlich“ sei, „daß die NPD nationalsozialistische Bestrebungen widerbelebt“. Die Freude über dieses Urteil währt nur kurz. Keine zwei Wochen später entscheidet der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel, daß die NPD ein Recht auf die städtischen Räume hat. In diesem Staat sorgen die Richter dafür, daß die Henker Raum kriegen.

Die Konsequenz

Dieser Staat ist nicht in der Lage und hat auch gar nicht den Willen, uns vor den Nazis zu schützen. Den Kampf gegen die Faschisten und gegen ihre Ziehväter und Beschützer im Staatsapparat müssen wir schon selber führen. Wir müssen der „Wende“, die in diesem Land von Bayern bis Bonn, von CDU bis CSU vollzogen wird, Einhalt gebieten und eine Kehrtwende erreichen gegen alle, die gegen Demokratie, Frieden, sozialen Fortschritt stehen und deshalb die NPD schützen.



Teilnehmer an der Protestdemonstration gegen den Tod Günter Sares in Frankfurt wurden von der Polizei abgedrängt und vor dem Hauptbahnhof von einem Polizeikordon eingekesselt.



Philipp Müller, 21 Jahre

Er kämpfte gegen die Rassisteleitung Waidmannsdorf. Bei einer Friedensdemostration am 11. Mai 1982 in Essen wurde er von der Polizei erschossen. Es gilt seinen Frieden in diesem Land!



Rudi Dutschke

Aufgehört von der Bild-Zeitung, schickte er eine Brief-Letter am 11. April in Westerbahn auf den bekanntesten Führer der Studentenbewegung. Der Brief wurde zum Fall, die folgenden Osttage 1980 gingen als „Dutschke-Fall“ in die Geschichte ein.



Benno Ohnesorg

Er demonstrierte gegen den Besuch des parisierten Faschisten-Schulds am 1. & 2. 1967 in Westerbahn. Die Polizei schickte Benno Ohnesorg anlässlich auch viele der antiparastatischen Bewegung an.



Jürgen Bergbauer, 14 Jahre

Jürgen wurde am 20. März 1983 nach einer Demonstration des Jugendbewegungs der Polizei erschossen. Er war Mitglied im „Kommunistischen Jugendforum“ und hatte eine Mafschichte.



Klaus Jürgen Raffay, 18 Jahre

Klaus Jürgen demonstrierte in Westerbahn gegen die Verhaftung und wurde von der Polizei in den Tod getötet. Seine Mafschichte, welche von Polizeistellen zirkuliert.



Olaf Ritzmann, 16 Jahre

Steht das was in Essen passiert ist, wurde der Aufstand hier. Es ist ein künftiges Wahrscheinlichkeit und die Zeit nicht ausschließen. Er wurde am 11. Mai 1982 in Essen erschossen. Er war Mitglied im „Kommunistischen Jugendforum“.



Günter Sare

36 Jahre alt
getötet am 29. 9. 1985
in Frankfurt

Günter demonstrierte am 29. 9. 1985 in Frankfurt gegen eine Veranstaltung der faschistischen NPD. Er wurde während eines bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsatzes von einem Wasserwerfer getötet. (Diese Bild unten)

Hetzjagd & Mord...

**Für Nazis und die Reichen
gehen sie über Leichen**

„Für die Freiheit sterben?“ (1)

Über die Ehre des deutschen Soldaten

Jahr für Jahr - und (zum 30. Geburtstag der Bundeswehr) - in pompöser Auflage läßt die Bundeswehr eine Generation junger Männer den Eid: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen“ ableisten. Gerade weil die CDU/CSU mit ihrer Kampagne für „Recht und Freiheit des deutschen Volkes“ auch das halbe Polen meint, ist sie mit der Laschheit, wie dieser Eid von den Rekruten bisher vorgetragen wurde, nicht zufrieden.

Laut einer Broschüre des Bundesministeriums der Verteidigung: „Für die Freiheit sterben? ...“ haben zu viele Jugendliche den „Rückzug ins Private“ angetreten, „ihr Rechtsbewußtsein ist angeschlagen“, „die Freiheitsliebe, die Menschenrechte erscheinen nebensächlich“, das pauschale „Vertrauen wird kontinuierlich kleiner“. Die Menschen seien nicht mehr bereit, für gesellschaftliche Ziele einzutreten: „Unterstützung für NATO-Mitgliedschaft ist zwar unter den meisten Europäern weit verbreitet, aber nur lauwarm.“ „... die Zahl der Neutralisten hat rasch zugenommen ... Das mag zum Teil ihre größere Abneigung erklären, für ihr Land oder die Werte, die es repräsentiert zu sterben. Demgemäß wollen volle 56 Prozent der Nachkriegsdeutschen, lieber rot als tot sein ...“.

Während der 85er Herbstübungen sollte das „Jagdbombergeschwader 44“ auf volle Kriegsstärke gebracht werden. Von den einberufenen 1228 Reservisten kamen nur zwei Drittel. Der Rest blieb zu Hause.

Eine traurige Analyse für Befehlsheren, die ihr Kanonenfutter lieber mit Einsatzfreude in den Tod marschieren sehen: „Das heutige Kriegsbild bedingt einen in sich gefestigten vielseitigen Soldaten ... Dieser Soldat muß geistig gerüstet und urteilsfähig sein, er darf den Kampf nicht für sinnlos halten; er muß wissen wofür, weshalb und wogegen er kämpft“ (Handbuch Innere Führung). Diese Art Wehrebereitschaft des „Bürgers in Uniform“ ist in diesem Land nicht herzustellen. Zwar ist die Frage: „wogegen“ einigermaßen in die Köpfe gepflanzt, mit der Frage: „wofür“ wird es da schon deutlich schwieriger. Mit den Fakten direkt vor Augen läßt sich so schnell keiner ein X für ein U vormachen. Über zwei Millionen Arbeitslose, steigende Mieten, sinkende



Am 2. Januar 86 wurden 45 000 Wehrpflichtige eingezogen. 15 000 waren arbeitslos.

Löhne sind nicht gerade die „Freiheit“, für die der Rekrut zu sterben bereit ist. Dadurch daß die Bundeswehr zwar Übungen gegen streikende Arbeiter, aber nicht gegen aussperrende Fabrikanten abhält, kann sie auch nicht gerade Mehrheiten begeistern. Ganz schwierig wird es dann, wenn der Soldat den kommenden Krieg für nicht sinnlos halten soll. Im Ersten Weltkrieg hatte der deutsche Soldat in Verdun 317.000 französischen Werkstätige zu töten, um 282.000 mal selbst zu sterben. Im kommenden Krieg ist es fraglich, ob überhaupt vom deutschen oder französischen Volk jemand übrigbleibt.

Kanonenfutter braucht das Heer

Wenn's an Überzeugungskraft mangelt, müssen die alten Methoden wieder her. Man erinnert sich der Tradition: Tschintrara!

„Traditionspflege“ - so die Bundeswehr - dient „der Auswahl soldatischer Vorbilder“; die sind: „Treue, Tapferkeit, Pflichterfüllung, Mut ...“ und weiter: „Diese soldatischen Tugenden sind in früheren deutschen Armeen von vielen vorbildlich vorgelebt worden ... Opferbereitschaft könne heute nicht fordern, wer nicht in Ehrfurcht und Dankbarkeit der Opfer und Leiden in der Vergangenheit gedächte. Das Opfer von Millionen deutschen Soldaten, die im guten Glauben ihre Pflicht erfüllt und tapfer gekämpft haben, bleibt

Maßstab soldatischer Pflichterfüllung.“ (Information für die Truppe 11/83).

Nicht nachdenken, sondern „im guten Glauben“ sterben, ist deutsche Soldatenpflicht. Der letzte Herbst - mit Prunk, Gebet und Böllerschüssen („Ich bete an die Macht der Liebe“) - sollte diesem Glauben zuträglich sein:

30 Jahre Bundeswehr, über 460 öffentliche Gelöbnisse, Zapfenstriche, Feldparaden und Militärmärsche. Dem Soldaten sollte ein „beeindruckendes Erlebnis“ (O-Ton Bundeswehr) vermittelt werden. An Klatschern am Rande hat es nicht gefehlt. Die Schlesier sahen sich Polen schon wieder etwas näher kommen. Die „alten Kameraden“ brauchen keine extra Einladung für Marschmusik und Zapfenstreich.

... Denken und marschieren ist gefährlich

Marschieren und nicht denken ist gut für diese Armee - denken und marschieren gefährlich. „Wehrkraftzersetzung“ schrie der Staatsanwalt, als 127 Rekruten und Reservisten 1984 in Koblenz gegen den Krieg marschierten: „Wir lieben unser Land und lehnen es daher ab, dieses Land in den Krieg zu führen, Werkstätige anderer Völker zu töten und Frauen und Mütter Söhne und Männer zu nehmen ... Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn“ (siehe DID Sept. 84)

Wehrkraftzersetzung - die Furcht der Militaristen

„Wehrkraftzersetzung“ schrien auch die Richter und Militärrichter des Dritten Reichs. Dieser Paragraph kostete 70.000 deutsche Soldaten im letzten Krieg das Leben. 70.000, die die Bundeswehr gern vergessen möchte:

Im nordhessischen Kassel kam ein von SPD und Grünen gemeinsam getragener Beschluß zustande, am Kasseler „Ehrenmal für die Gefallenen der beiden Weltkriege“ eine Gedenktafel einzumauern mit der Inschrift:

„Zur Erinnerung an die Soldaten des Zweiten Weltkriegs, die in diesem Krieg keinen Sinn sahen und dafür verfolgt, eingekerkert oder getötet wurden“. Zuvor gab die Stadt eine Dokumentation in Auftrag, die über 144 Soldaten aus dem nordhessischen Raum berichtet, die 1944 wegen „unerlaubten Entfernens von der Truppe“, „Wehrkraftzersetzung“, „Feindbegünstigung“ verurteilt wurden.

Der Beschluß zu dieser Gedenktafel ist bis jetzt nicht in die Tat umgesetzt. Es gibt einflußreiche Gegner in der Stadt Kassel. Einer ist die offizielle Bundeswehr; der Divisionskommandeur der in Kassel stationierten 2. Panzergrenadierdivision, Generalmajor Lichel, sieht die Gefahr, „daß die Ehrung von Deserteuren bei den heutigen Wehrpflichtigen Mißverständnis hervorrufen könne, daß Desertation etwas Ehrevolles oder zumindest Akzeptables sei“. (TAZ 15.7.85). Ein anderer Gegner ist Oberst a.D. Heistermann, Sprecher der Kasseler Soldaten- und Kriegsoffiziersverbände. Er droht der Stadt an, daß sie den Volkstrauertag nicht mehr am „Ehrenmal“ begehen würden, weil: „Diese Ehrung ist eine

„Das Militärische“ darf nicht in Frage gestellt werden

- In der Stadt Neuenhausen, nahe der niederländischen Grenze, wollte die SPD einen Widerstandskämpfer mit der Benennung einer Straße nach seinem Namen ehren. Der gebürtige Neuenhausener, Oberst Wilhelm Staehle war am 23.4.1945 von der SS umgebracht worden, weil er untergetauchte Verfolgte betreute und als Verbindungsmann zu niederländischen Antifaschisten tätig war.

Die Ehrung scheiterte an der CDU-Mehrheit. Staehle sei nicht auf eine Stufe zu stellen mit Stauffenberg, Bonhöffer, Anne Frank, denn Staehle habe mehrfach militärische Pläne der deutschen Wehrmacht an die Niederländer weitergegeben und damit das Leben unzähliger deutscher Soldaten gefährdet. „Ein Vorgehen“, so CDU-Fraktionsmitglied Voshaar, „das eindeutig den Tatbestand des Landesverrats erfüllt.“ (FR 14.11.85)

- In der niedersächsischen Stadt Hameln hat sich eine „Bürgerinitiative zur

Erhaltung der Hingerichtetengräber Hameln“ gegründet. Bei den Gräbern handelt es sich um die Gräber von Naziverbrechern, die von britischen Kriegsgerichten 1945 verurteilt und im Hamelner Zuchthaus hingerichtet wurden, wie z.B. der Kommandant des Konzentrationslagers Bergen Belsen. Im November kam es zu einer kleinen Kundgebung. Der Hauptredner würdigte den „Opfergang dieser Toten“. Auf ihre Verbrechen anspielend, verglich er diese mit den zwei französischen Geheimdienstlern, die der Versenkung der „rainbow warrior“ angeklagt sind: Wer Offiziere, die Befehle ausgeführt hätten vor Gericht stellt, der stelle „das Prinzip des Militärischen überhaupt in Frage, ohne das kein Volk, kein Staat überleben kann.“

Die „Bürgerinitiative“ hatte sich vor 10 Jahren gegründet, als die Gräber eingeebnet werden sollten, nachdem die übliche Ruhezeit verstrichen war. Die Gräber der Opfer des Naziterrors, die vor 1945 im Hamelner Zuchthaus hingerichtet wurden, sind bereits eingeebnet. (FR 18.11.85)

Verleitung der heutigen Soldaten zu einer Straftat gegen die Landesverteidigung“. Weiter drohte er die Entfernung ihrer eigenen Gedenktafeln aus dem Denkmal an.

Entfernenwertes gäb es da genug: „In Kämpfen um Bestand und Größe des Vaterlands starben in treuer Pflichterfüllung den Heldentod“, oder unter der Überschrift „Panzersdivision Großdeutschland“ (eine Elitedivision der faschistischen Armee): „Es wurde ge-

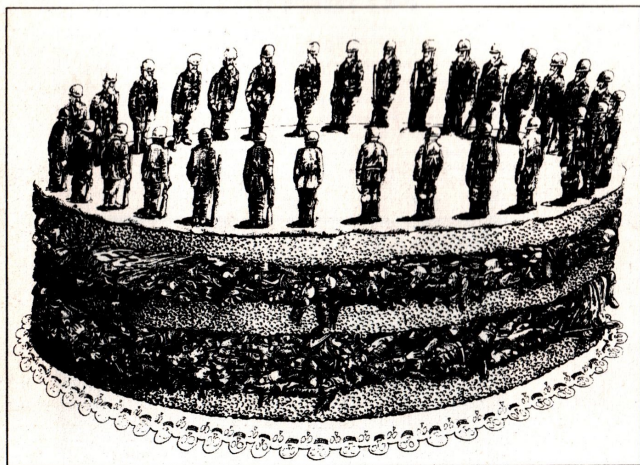
spannt ein einziges Band um alles deutsche Land.

Gegen diese Tradition hat der Kasseler Divisionskommandeur nichts einzuwenden, wohl gerade, weil dadurch die alten Militaristen und Faschisten in Kassel gern zusammenkommen:

Im November 1985 kam es am Kasseler „Ehrenmal“ zu „Konfrontationen“ zwischen Kasseler Demokraten und den 300 Teilnehmern des Volkstrauertags, bestehend aus Vertretern der Bundeswehr, des Verbandes der Kriegsbeschädigten (VdK), der Kasseler Krieger und Soldatenverbände, der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS“ (HiaG) und der „Notgemeinschaft ehemaliger Arbeitsdienstführer“. Johannes Kunz, Vorsitzender des VdK: „Wir stoßen uns nicht daran, daß die HiaG mitgeht und die Gefallenen der Waffen-SS ehrt“, vielmehr ist die geplante Gedenktafel für gefallene Deserteure „viel anstößiger, als daß sich Soldaten treffen und ihre Gefallenen ...“.

Die Herren in diesem Land, die sehr genau wissen, was sie zu „verteidigen“ haben, brauchen für den nächsten Krieg wieder den einfachen Soldaten, der für nicht mehr als nur die Ehre den Heldentod stirbt.

Die Gesetze für die, die nicht bereit sind, den Heldentod zu sterben, sind bereits gemacht, oder noch in Arbeit.



- Einer der 127 Soldaten, die in Koblenz gegen den Krieg marschierten: „Ich, Franz Ohlen, bin seit dem 1.4.81 bei der Bundeswehr. Für mich war klar, daß ich mein Gelöbniß nicht ablegen werde. Denn ich habe kein Vaterland zu verteidigen, was mir nicht gehört ...“, landete im Bundeswehrkrankenhaus bei Doktor Dehmann, Abteilung 6, psychiatrische Fälle ... Am 25.8.81 hatte er es schriftlich: er ist wahnsinnig, beurlaubt bis zur Entlastung.

- Noch gibt es keine Kriegsgerichte, die Todesurteile verhängen, doch sie tagen bereits, wenn auch nur zur Probe, und die Roben für Kriegsgerichtsrichter liegen auch schon bereit.

Das neue „Zivilschutzgesetz“ regelt den Einsatz von bis zu 60-Jährigen für den „erweiterten Katastrophenschutz“ die Blockwarte sind auch verankert.

Den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern im Ernstfall regelt die Kriegsfall-Klausel im Kriegsdienstverweigerungsrecht. Selbst die Verteilung von Essensmarken durch Kaufhausangestellte wurde bereits geprobt. ...

Jetzt glänzt die Bundeswehr wieder mit den neuen alten Hochglanzseiten und dem Trommelgerassel: HELDEN GESUCHT! Sie meint uns.



Auf den Befehl: „Alle Fahnensträger antreten!“ trat das ASK-Mitglied Heinz Jacobi mit seiner Parole zum feierlichen Gelöbniß 1980 an.

(1) Titel einer Ausgabe der Schriftenreihe „INNERE FÜHRUNG“ 6/83 des Bundesministeriums für Verteidigung.

AKTION IN REGENSBURG

Mit einem gewaltigen Aufgebot von Polizei, Feldjägern und Eisenzaun wurde der Gelöbnißhof abgeriegelt. Die Fernmelde-, Flak-, Feldartillerie-, Beobachtungs- und Sanitätssoldaten sollten vor vermeintlichen Ruhestörern geschützt sein. Alles und jeder wurde kontrolliert. Auch die Pressevertreter konnten erst nach Namensnennung und Ausweiskontrolle in das militärische Sperrgebiet Thon-Dittmer-Palais.

- Deswegen ärgerte es die Verantwortlichen der Sicherheitsmannschaft besonders, daß es einem jungen Mann und seiner Freundin trotz aller Kontrollen gelang, Flugzettel auf die stramm ausgerüsteten Soldaten zu streuen. Ausgerechnet im feierlichsten Moment, als die Soldaten die Fahne fähten und dumpfer Trommelwirbel die Soldatenherzen rührte, flatterten die Blätter hundertfach auf die Häupter der Verteidiger. Da ist es kein Wunder, daß die Feldjäger mit hochroten Köpfen, im Laufschrift durch das Palais nach den Übeltätern hasteten.

Brigadegeneral Hans Scriba, ein altgedienter kühler Militär, beobachtete das Papiergestöber nur aus den Augenwinkeln, ließ sich keinen Lidschlag aus der Ruhe bringen und appellierte an die Kameradschaft der Rekruten. „Kameradschaft kann nicht befohlen werden, sie ist eine Angelegenheit des Herzens“, so der Herr mit dem goldenen Stern auf der Achselklappe. Viel-

Ist Petrus Antimilitarist ?

Da wir vom Demokratischen Jugendzirkel Regensburg die Gewissheit haben, daß wir uns nicht auf überirdische Kräfte verlassen können, haben wir, zusammen mit dem Regensburger Soldatenkomitee, es selber schneien lassen. Nicht den Schnee von Gestern sondern Flugblätter auf denen stand: An den einfachen Soldaten! Verweigert das Gelöbniß!

Aus war's mit der Feierlichkeit. Ein Monat Drill war umsonst.



(aus: „Die Woche“ vom 21. November 1985)

Legende vom toten Soldaten

Und als der Krieg im vierten Lenz
Keinen Ausblick auf Frieden bot
Da zog der Soldat die Konsequenz
Und starb den Heldentod.

Der Krieg war aber noch nicht gar
Drum tat es dem Kaiser leid
Daß sein Soldat gestorben war:
Es schien ihm noch vor der Zeit.

Der Sommer zog über die Gräber her
Und der Soldat schlief schon
Da kam eines Nachts eine militär-
ische ärztliche Kommission.

Es zog die ärztliche Kommission
Zum Gottesacker hinaus
Und grub mit geweihtem Spaten den
Gefallnen Soldaten aus.

Der Doktor besah den Soldaten genau
Oder was von ihm noch da war
Und der Doktor fand, der Soldat war k.v.
Und er drückte sich vor der Gefahr.

Und sie nahmen sogleich den Soldaten mit
Die Nacht war blau und schön.
Man konnte, wenn man keinen Helm aufhatte
Die Sterne der Heimat sehn.

Sie schütteten ihm einen feurigen Schnaps
In den verwesten Leib
Und hängten zwei Schwestern in seinen Arm
Und ein halb entblößtes Weib.

Und weil der Soldat nach Verwesung stinkt
Drum hinkt ein Pfaffe voran
Daß der über ihn ein Weihrauchfaß schwingt
Daß er nicht stinken kann

Voran die Musik mit Tschindrara
Spielt einen flotten Marsch.
Und der Soldat, so wie er's gelernt
Schmeißt seine Beine vom Arsch.

Und brüderlich den Arm um ihn
Zwei Sanitäter gehn
Sonst flög er noch in den Dreck ihnen hin
Und das darf nicht geschehn.

Sie malten auf sein Leichenhemd
Die Farben Schwarz-Weiß-Rot
Und trugen's vor ihm her; man sah
Vor Farben nicht mehr den Kot.

Ein Herr im Frack schritt auch voran
Mit einer gestärkten Brust
Der war sich als ein deutscher Mann
Seiner Pflicht genau bewußt.

Am 11. November 1981 als Mittelpunkt der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr war eine von der Bundesregierung ausgerichtete Tagung in der Festhalle der Bundeswehr in Berlin. Auf der Tagung wurde das kulturelle Beiprogramm zu 50 Jahren Bundeswehr diskutiert. Die Tagung wurde von der Bundeswehr und der Bundesregierung gemeinsam ausgerichtet.

KULTURELLES BEIPROGRAMM ZU 50 JAHREN BUNDESWEHR



So zogen sie mit Tschindrara
Hinab die dunkle Chaussee
Und der Soldat zog taumelnd mit
Wie im Sturm die Flocke Schnee.

Die Katzen und die Hunde schreien
Die Ratten im Feld pfeifen wüst:
Sie wollen nicht französisch sein
Weil das eine Schande ist.

Und wenn sie durch die Dörfer ziehn
Waren alle Weiber da
Die Bäume verneigten sich, Vollmond schien
Und alles schrie hurra.

Mit Tschindrara und Wiedersehn!
Und Weib und Hund und Pfaff!
Und mitten drin der tote Soldat
Wie ein besoffener Aff.

Und wenn sie durch die Dörfer ziehn
Kommt's, daß ihn keiner sah
So viele waren herum um ihn
Mit Tschindra und Hurra.

So viele tanzten und johlten um ihn
Daß ihn keiner sah.
Man konnte ihn einzig von oben noch sehn
Und da sind nur Sterne da.

Die Sterne sind nicht immer da
Es kommt ein Morgenrot.
Doch der Soldat, so wie er's gelernt
Zieht in den Heldentod.

Bertolt Brecht (20 Jahre)



Das Hauptprogramm zu „30 Jahre Bundeswehr“



„Und grub mit geweihtem Spaten den gefallenen Soldaten aus“



„Der Doktor besah den Soldaten genau“

Das Hauptprogramm brauste in Form von Tornados und Hubschraubern über die Köpfe der Teilnehmer der Protestkundgebung gegen das Verbot der „Legende vom Toten Soldaten“ hinweg. Nicht weit entfernt nahm die Bundesregierung erstmals in der Geschichte der BRD eine Truppenparade ab. Fünfmal erhob sich Kohl samt Kabinett, fünfmal stand die Truppenparade vor ihm stramm. Wieder ist der Soldat „k.v.“ (kriegsverwendungsfähig). Zum dritten Mal. Schon zweimal war er in den Tod marschiert.

Doch die Jugend, die nicht ein drittes Mal den Heldenod sterben will, soll mundtot gemacht werden, soll nicht warnen dürfen vor dem nächsten Krieg. Der Redaktion der „Kämpfenden Jugend“, die das Brecht-Gedicht „Legende vom Toten Soldaten“ aufführen wollte unter der Regie von Thomas Schmitz-Bender und der Mitwirkung von Hanne Hüb, der Tochter Bert Brechts, wurde der Ehrenfriedhof Kolmeshöhe in Bitburg als Aufführungsort verboten. Denn ein Heldenfriedhof ist nicht für alle da. Er wird einem Kohl und einem Reagan zur Rehabilitierung der SS weit geöffnet, bei einem antimilitaristischen Programm aber hat der Bürgermeister Geschmacksbedenken.

So fand nur eine öffentliche Probe statt am 13.1.85 in Bergen-Hohne. Erst muß der Soldat des 1. Weltkriegs ausgegraben und für k.v. erklärt werden, dann muß der Soldat des zweiten Weltkriegs ausgegraben und für k.v. erklärt werden. So will es die deutsche Geschichte.

Und die „Kämpfende Jugend“ hat bereits angekündigt, daß sie nicht nachlassen wird: „Das 'Kulturelle Beiprogramm zu 30 Jahre Bundeswehr' wird fortgesetzt. Die Aufführung der „Legende vom Toten Soldaten“ hat nicht ihr Ende an den Verordnungen, Schikanen und Verboten, die sie bislang begleiten. Der Soldat des 2. Weltkriegs wird ausgegraben und zwar in Bitburg - das war am 10.11.1985 zu zeigen. Antwort der Obrigkeit: Verbot. Unsere Antwort: Wir lassen die Lehren der beiden Weltkriege nicht ruhen. Der Weg der gerichtlichen Instanzen ist beim Bundesverfassungsgericht angelangt. Die breite Solidarität für das „Kulturelle Beiprogramm“ über die Organisationsgrenzen der Kriegsgegner hinweg, über die Grenzen Westdeutschlands hinweg, bestärkt uns darin, daß in Sachen „Kulturelles Beiprogramm zu 30 Jahren Bundeswehr“ nicht der Bitburger Bürgermeister und die Bonner Bundesregierung, nicht die Aufrüster und Vorwärtsverteidiger, sondern wir Kriegsgegner das letzte Wort sprechen - wann auch immer! Daß der Frieden stärker ist, liegt an uns!“

Stellvertretend für die Unterstützung vieler Antimilitaristen und für die vielen Solidaritätsadressen drucken wir die Rede von Hans Wüst ab, dem Kulturreferenten des AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.

Hans Wüst:

„Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen!

Bevor ich hier zum Reden anfangen - mir fällt's hier wirklich etwas schwer, unter diesen Eindrücken, unter denen ich hier stehe - möchte ich noch was erzählen, was mir eingefallen ist, als ich hier diesen Teil der Truppenparade miterlebt habe. Als ich ein kleines Kind war, da hat mir mein Onkel erzählt, wie er den Krieg erlebt hat, und - also mir fällt's jetzt echt schwer - der hat im damaligen Sudetengebiet und Ihr wißt alle, was in Dresden passiert ist, und zwischen Dresden und seinem Wohnort, da lagen ungefähr 80 bis 100 km und ein ganzer Bergzug. Und die sind nachts aufgewacht von dem Lärm und dem Feuerschein, der am Himmel war, der von Dresden kam. Und das hat sich mir als Kind eingeprägt als Schrecken des Krieges. Und als ich hier hinten diesen Lärm hörte, und diesen Aufmarsch, und diese Flugzeuge und so weiter, da kam mir das jetzt wieder ins Bewußtsein, und - es nimmt mich sehr mit. Wenn ich dran denken muß, daß hier die Opfer liegen von diesem Rassenwahn - Sinti und Roma und Juden und „russische Untermenschen“, wie sie sie nannten und andere Opfer des Krieges - Ihr müßt echt entschuldigen, also das war nicht geplant.

Und ich möchte noch was vorneweg sagen. Ich spreche hier heute nicht nur als Sprecher des AStAs einer Uni, die noch nicht mal den Namen, offiziell noch nicht mal den Namen eines antifaschistischen Widerstandskämpfers führen darf, der im KZ ums Leben kam - wir machen das nur, weil wir das für richtig halten, aber wir dürfen das offiziell nicht - und ich darf hier noch nicht mal reden eigentlich, weil das der Studentenschaft verboten ist, das sogenannte politische Mandat wahrzunehmen. Ein politisches Mandat ist alles, was nicht direkt mit den direkten sozialen Belangen der Studentenschaft zu tun hat. Und ich möchte es diesen Herrn dort hinten, die mit ihren Videokameras und mit ihren Tonbandgeräten stehen, sagen: Ihr könnt Euch das hinter die Ohren schreiben, ich nehme hier das politische Mandat wahr, weil man nicht schweigen kann, wenn hier die Welt in den Untergang getrieben werden soll! Und ich weiß mich einig damit mit Tausenden von

Studierenden hier in Niedersachsen und in der ganzen Bundesrepublik und wahrscheinlich auf dem ganzen Erdball, die hier vielleicht nicht anwesend sind, weil sie es zu spät erfahren haben und weil sie es nicht wußten. Aber wir werden dafür sorgen, daß das hier wirklich breit bekannt wird!

Wir unterstützen diese Aktion aus einem ganz einfachen Grund: Gegen diese Weltuntergangsstimmung, die hier überall verbreitet wird, durch diese Bedrohung durch die Atomraketen und durch die Bedrohung durch die Aufrüstung, dagegen muß man offensiv vorgehen. Man muß offensiv gegen Imperialismus und Kriegsgefahr was tun! Und ich stehe hier, und ich unterstütze das hier mit meinem Redebeitrag, weil ich eines zu verlieren habe: Und das ist mein Leben und sonst nichts. Und das möchte ich behalten. Und ich weiß aber genau: Wir haben alle eines zu gewinnen, und das ist nämlich ein freies Leben, bei dem sich kein Mensch mehr vor einem anderen Menschen beugen muß! Und das wollen wir durchsetzen. Und dazu sind solche Sachen wie die hier notwendig.

Und wir unterstützen diese Aktion, wir unterstützen eine politische Aktion,

die beweist, daß Kultur sehr wohl etwas sehr Lebendiges und sehr Kämpferisches sein kann, wenn man es in Bezug zu unserem täglichen Leben, wenn man es in Bezug zur Realität stellt. Und wir werden das weiter unterstützen und werden das weiter bekannt machen, daß hier eine offizielle Aufführung stattfinden kann, so wie es geplant ist, und so wie es der „Würde“ - in Anführungszeichen - dieser Orte gerecht wird.

Die Aufführung von dieser Legende vom toten Soldaten“, die kann uns Mut geben und Selbstbewußtsein, und unseren Forderungen nach Frieden und Freiheit in einer direkten Konfrontation mit dieser Regierung und mit diesen hier herrschenden Kapitalisten durchzusetzen. Sie kann uns Mut geben, selber neue Ideen zu entwickeln, um aus der Friedensbewegung eine kämpferische Anti-Kriegsbewegung zu machen, die bereit ist, zur Durchsetzung ihrer Forderungen diese Regierung und dieses kapitalistische Gesellschaftssystem zu stürzen und die Angelegenheiten in die eigene Hand zu nehmen, wenn der Friede anders nicht zu erreichen ist.

Danke sehr.



„Mit Tschindrara und Wiedersehn! Mit Weib und Hund und Pfaff!
Und mitten drin der tote Soldat wie ein besoffener Aff.“

**Dieses Land muß Brecht und seine
„Legende vom toten Soldaten“ vertragen!**

**Wir lassen
die Lehren der beiden Weltkriege
nicht ruhen!**

Die Dokumentation aller Grußadressen und Reden ist zu beziehen bei: Redaktion „Kämpfende Jugend“, Aktionsausschuß „Kulturelles Beiprogramm“ zu 30 Jahren Bundeswehr, Tulbeckstr. 4, 8 München 2, Tel.: 089/ 50 28 357

STRAUSS IN AKTION:

Ambitionen für Deutschland

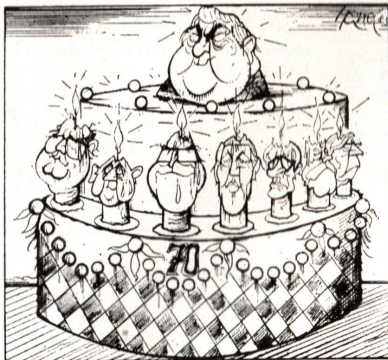
Die Kritik der CSU an der ARD besteht seit Jahren, wer in Bayern wohnt, dem wurde bei bestimmten Sendungen einfach der Kanal abgedreht, Stoiber wollte sogar - anlässlich des harmlosen sowjetischen Films „Das Ufer“ - Filme vor der Sendung vorgeführt bekommen, um eine Zensur ausüben zu können. Zimmermanns Staatssekretär Spranger, natürlich auch CSU, bejammerte die „Katastrophenmentalität“, „Anti-Amerikanismus“, „bevorzugte Randgruppenberichterstattung“, „hämische, verfälschende Kritik insbesondere an Präsident Reagan“, Übernahme von „Propagandamärchen“ der Sowjets usw. (SZ 19.6.85)

Mit dem Privatfernsehen sah die CSU die Chance, endlich ein Fernsehen ganz in ihrem Sinne zu erhalten. Zur Unterstützung des Unternehmerfernsehens schlug Stoiber vor, die Aufsichtsgremien über die Privatsender aus der öffentlichen Rundfunkgebühr zu finanzieren und für bestimmte „bedeutsame“ Programme sollen sie auch noch direkt Geld erhalten! (AZ 17.10.85)

Der nächste Schritt war die Ausdehnung des 3. Programms: über den Berliner Kanal des Satelliten Intelsat kann B III bundesweit, ja in halb Europa, empfangen werden. Das kostet schon 45,9 Mio. Mark, doch BR-Chef Vöth will noch 400 Mio. DM investieren, um den BR in Norddeutschland attraktiv zu machen. Bezahlt werden soll das über eine Gebührenerhöhung in Bayern. Über Intelsat sollen auch noch zwei weitere Kanäle mit privaten Anbietern besetzt werden, die ein „positives“ und „lebensbejahendes“ Programm ausstrahlen (u.a. von „tv weiß-blau“ an dem Franz Georg Strauß beteiligt ist).

Denn schließlich: „Deutschland braucht Bayern!“ BR-Fernsehdirektor Oeller stellte klar: „Wie kein anderes ist das Bayerische Fernsehen, verantwortlich in diesem Land, in der Lage, aufgrund seiner Herkunft aus Bayern, geprägt durch den Charakter dieses Landes, die rundum wechselnden Zeitströmungen in gelassener, lebensbejahender, positiver und im klassischen Sinne kritischer Weise mit einem freizeitheligen Programm zu begleiten.“ Und die Linie ist auch schon skizziert: „Die Nachrichtenwelt auf dem Bildschirm darf nicht kleiner, enger und

friedloser erscheinen als die Welt des Zuschauers ersichtlich ist. Der Zuschauer will die maßgerechte Darstellung des Berichtswertes. Sein Leben erscheint ihm oft offener, freier und lebenswerter als die Nachrichten, die darüber berichten.“ (SZ 20./21.7.85)



Damit sind die Voraussetzungen für ein Zertrümmern der ARD geschaffen. Stoiber drohte an, den Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühren zum 1.1.88 zu kündigen (was Auswirkungen auf den Bestand der ARD insgesamt haben kann), falls sich Hessen weiter weigert, auf Werbung in seinem

3. Programm zu verzichten. Daß das nur ein Vorwand ist, macht die Haltung Tandler klar: er glaubt, daß bei bundesweiter Ausstrahlung im 3. Programm Werbung erlaubt wird. Stoiber selbst gibt sein Ziel ganz offen an: „Der Bayerische Rundfunk muß für ein mögliches Auseinanderbrechen der ARD gerüstet sein, um über Bayern hinaus senden zu können.“ (AZ 19.7.85)

Handlungsreisender

„Die Bedeutung Chinas mit seinen mehr als eine Milliarde Menschen als Absatzmarkt“ hat Strauß als der erste westliche Politiker frühzeitig erkannt. Schon vor 10 Jahren hat Strauß angefangen, Beziehungen zwischen Westdeutschland und China systematisch auf- und auszubauen.

Im Oktober '85 begab er sich gemeinsam mit dem Chef der MBB, Hans Arndt Vogels, auf Verkaufstour.

Vogels war langjährig leitender Manager in der Flick-Zentrale. Franz Strauß, mit Abstand der größte Spendenempfänger von Flick, ist Ministerpräsident von Bayern, das mit über 24 % mit Abstand der größte Anteilseigner bei MBB ist (zusammen mit der Landesanstalt für „Aufbaufinanzierung“, die zu 100 % Bayern gehört). Weiter muß zur Charakterisierung der Handlungsreisenden gesagt sein: Strauß selbst sitzt im Aufsichtsrat von MBB und bei Airbus, sowie bei der Bayerischen Vereinsbank, der Luft-hansa und dem Bayernwerk.

Denen bewies Strauß, was er „auf einem der mittelfristig wichtigsten Märkte“ für sie in der Lage ist, her-

auszuholen: MBB und China „kooperieren“ beim Bau von Kampfhubschraubern, Airbus und MBB vereinbaren eine Zusammenarbeit im Flugzeugbau, die den „militärischen Bereich nicht ausschließen soll“. China will von Airbus außerdem einen neuen Langstrecken - Typ für Non - Stop - Flüge nach Europa ordern. Die Luft-hansa steigt mit 120 Mio. beim Bau eines Wartungszentrums der chinesischen Luftfahrt ein. Schließlich setzte Strauß, der offiziell nur zur Eröffnung einer Wirtschaftsausstellung in China weilte, sich für seinen Auftraggeber MBB auch noch gegen Bonn durch:

Bonn hatte bisher verhindert, daß MBB an einem militärischen Wettbewerb teilnehmen konnte, den die chinesische Führung zum Zwecke der Suche nach den geeignetsten Kampf- und Panzerabwehrhubschraubern durchführen ließ. Bisher waren nur Amerikaner, Franzosen, Engländer und Italiener zu Demonstrationsflügen geladen gewesen.

„Verkaufskanone Strauß“, bewundern Pressestimmen und: „Wie schön, wenn es in Bonn auch jemanden mit diesem Format gäbe.“

von der Wende enttäuscht

Den Unternehmern geht die Wende nicht weit genug. Von allen Seiten muß Kohl Kritik einstecken. Wolff von Amerongen, Präsident des Industrie- und Handelstags (BDI) höhnt: „Richtige Grundpositionen werden beiseitegeräumt und im Hinblick auf Wahltermine dem Prinzip „Schlotterhose“ geopfert.“

BMW-Chef Eberhard von Kuenheim fordert, „mutige politische Entscheidungsträger mit Visionen“, allein „aktiv handelnde und nicht ewig zögernde Politiker“ könnten die Probleme mit der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit lösen. Kohl wird als oberster Manager der Regierung bestens Mittelmaß bescheinigt, der viel versprochen, aber fast nichts gehalten habe. Die bessere wirtschaftliche Lage sei nicht das Ergebnis der Bonner Wirtschaftspolitik, sondern die Folge der internationalen Finanz- und Währungssituation.

Dabei erhalten die Unternehmer Steuergeschenke in Milliardenhöhe. Doch das reicht ihnen nicht, sie sehen unter der jetzigen Regierung die Chance, entscheidende Veränderungen zu ihren Gunsten durchzusetzen.

So sind ihnen die „Lohnnebenkosten“, die Kosten der Sozialversicherungen zu hoch. Sie fordern weitere Steuersenkungen. Leistung soll sich wieder lohnen: d.h. bei Kuenheim Abbau des Kündigungsschutzes oder die Abschaffung von Zahlungen hoher Summen aufgrund von Sozialplänen. Der Mittelstand der Union verlangt die Wiedereinführung von Leichtlohngruppen, von denen vor allem die Frauen betroffen waren und um deren Abschaffung jahrzehntlang gekämpft wurde. Weiter sollten die Tarifpartner nur Mindestbedingungen für die jeweiligen Branchen vereinbaren, damit jedermann das Recht habe, Arbeit zu einem Hungerlohn zu leisten und die Arbeiter in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit sich unterbieten konnten. Als „flankierende Maßnahme“ empfiehlt die CDU-Mittelstandsvereinigung die Senkung der Sozialhilfe! Der Mann, der bei Kuenheims Kritik durchschimmert, wenn er „mutige Entscheidungsträger mit Visionen“ fordert, hat bei seinen politischen Ratschlägen aber auch nicht viel anzubieten. Strauß bietet Demagogie und alte Rezepte an.

Er hat natürlich längst vor Kohl erkannt, welch beherrschendes Thema die Arbeitslosigkeit für den Wahlkampf wird und sieht bedenklich: „Das Problem Arbeitsmarkt überlagert alle Erfolge dieser Koalition.“ Entscheidend sei es deshalb, eine „eins“ vor dem Komma zu haben, statt 2,2 Millionen (offiziell) also 1,9 Millionen Arbeitslose (in Wirklichkeit gibt es bereits knapp 4 Millionen, wenn man all diejenigen mizählt, die von der Statistik nicht erfaßt werden, wie auch die stellvertretende Vorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Frau Englen-Kiefer, zugibt). Da auch Strauß weiß, daß die Regierung im Grunde keinen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit hat und höchstens kosmetische Korrekturen anbringen kann (bzw. die Not der Arbeitslosen lindern könnte), will er die Statistik manipulieren. Er klagt, „echte und

alles, was den Unternehmern nützt. Daß die Arbeitslosigkeit immer noch nicht zurückgeht oder nicht einmal stagniert, erklärt Strauß damit, daß das Wachstum noch nicht groß genug sei (erst ab 4 % aufwärts sei mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen) und daß man weiter alle „Innovativen und investiven Kräfte“ stärken müsse!

Weiter will Strauß die Steuerreform wie seine Auftraggeber von der Industrie in einem Guß durchführen, d.h. die Steuererleichterungen für die Unternehmer schon jetzt vorziehen. Was der bayerische Finanzminister Streibl außerdem an „erweiterter Steuerreform“ im November vorschlug, geht in die gleiche Richtung der Erleichterung der Reichen: Senkung des Spitzensteuersatzes von jetzt 56 % auf 49 % oder 50 %, wesentliche Erleichterung bei der Unternehmensbesteuerung, Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten, steuerstundende Investitionsrücklagen usw.

Strauß setzt also immer noch eins drauf zu dem, was Kohl anbietet. Die Regierung wird pausenlos nach rechts gedrängt. Ein Beispiel erleben wir in diesen Tagen: 1979 begann Strauß den Angriff auf die Gewerkschaften (Stoiber-Papier, wo die Zerschlagung der Gewerkschaften durch Unterwanderung, Spaltung empfohlen wird) - heute führt die Kohl-Regierung diese Politik fort, indem sie mit der Änderung des § 116 das Streikrecht aushöhlen will.



„In der ganzen Steuerdiskussion sollten wir niemals den kleinen Mann aus den Augen verlieren!“

unechte Arbeitslose“ würden nicht voneinander getrennt, echte soziale Notlage und raffinierter Mißbrauch würden einfach zusammenaddiert. Als „unecht“ gilt z.B. bei Strauß „eine Frau, die vorübergehend einen Arbeitsplatz hatte“, die aber „in einer Familie lebt, in der der Mann einen Verdienst hat.“ Die Tatsache, womit man jede „Mißbrauch“-Diskussion beenden kann, nämlich daß allein in Bayern für jede offene Stelle mindestens 12 Arbeitslose bereitstehen (und in anderen Bundesländern sind es noch mehr), wird von der CSU wohlweislich verschwiegen. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit lobt Strauß den Beschluß über zeitlich befristete Arbeitsverträge, die Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft, die die CSU in der Koalition durchsetzte, und ähnliches - kurz

§ 218

Nur mit Mühe gelang es den CSU-Partei-Managern, eine Abstimmung zu verhindern. Zur Debatte stand der Antrag „Aufhebung der Abtreibungsbestimmungen; Anrufung des Bundesverfassungsgerichts“. Jahrelang hatten die CSU-Demagogen gegen die Novellierung des § 218 und seine Möglichkeit der sozialen Indikation Brandreden gehalten - jetzt will die CSU-Anhängerschaft endlich Taten sehen. Sie begriff nicht, warum Strauß nicht selbst vor das Bundesverfassungsgericht geht.

Strauß könnte natürlich in Karlsruhe klagen, aber er will nicht, er fürchtet dort die Niederlage. Selbst in der CSU-Fraktion des Bundestags und bei den CDU-geführten Ländern im Bundesrat konnte er dafür keine Mehrheit gewinnen. Jetzt setzt die CSU auf Verschärfung der Abtreibungspraxis, ohne

daß am Gesetz selbst etwas geändert wird. Sie fordert die Meldung jedes Schwangerschaftsabbruchs beim Statistischen Bundesamt, sonst dürfe das Arzthonorar nicht gezahlt werden oder es müßten sogar Bußgelder verhängt werden. Die Beratungsstellen sollen geschlossen werden, „zugunsten des Lebens“ zu beraten. Die Ärzte sollen die Indikationen eingehend schriftlich begründen. Außerdem sollen beratende und indizierende Ärzte verpflichtet werden, an Fortbildungsveranstaltungen „zum Schutz des ungeborenen Lebens“ teilzunehmen. Die CDU ist für eine gemeinsame Entschließung in diesem Sinn schon gewonnen worden, die CDU/CSU-Fraktion soll sie im Januar verabschieden, im Bundesrat soll sie zur Abstimmung kommen. Offen ist nur noch, in welcher Form die Vorstellungen durchgesetzt werden sollen.

SDI

Strauß macht sich stark für SDI: Sicherheit und Arbeitsplätze wären das Ergebnis, behauptet er. „Wenn wir unsere Lebensverhältnisse beibehalten wollen, die Arbeitslosigkeit abbauen wollen, das Netz der sozialen Sicherheit bruchfest machen wollen“, (AZ, 7.11.85) - dann müssen wir bei dem „kühnsten Forschungsprogramm der Menschheit“ (SZ 21.11.85) mitmachen. Abgesehen davon, daß namhafte Wissenschaftler dieses Programm für unrealistisch und undurchführbar halten, sind für Strauß diese Gründe nur vorgeschoben. In seiner Rede auf dem

letzten Parteitag der CSU im November sprach er dann Klartext: „Wir als Nicht-A-Waffen-Macht haben alles Interesse daran, die strategische Bedeutung der offensiven Atomwaffen zu vermindern, zu relativieren, aber an der nächsten technischen Dimension, die sich uns bietet, in vollem Umfang teilzuhaben.“ (Bayernkurier, 30. 11. 85)

Deutschland-Resolution

1985 war das Jahr, in dem mit „Schlesierdebatten“ und „Vertriebenen“politik die „Ostpolitik der Kontinuität“ von Genscher und Kohl um einen Meilenstein weiter nach rechtsaußen gedrückt werden konnte.

Im Herbst desselben Jahres wollte der Bundestag seine rituelle deutschlandpolitische Resolution verfassen, mit der die bisher geltende Entschließung vom Februar 84 abgelöst werden sollte. Wie in jedem Jahr arbeiteten die Experten aller Bundestagsfraktionen (außer den Grünen, versteht sich) einen Entwurf aus, der sich auf nichts anderes als die entscheidenden Punkte aus Regierungserklärungen von Kohl und den bestehenden Ostverträgen stützte. Und auch ein bißchen auf die Weizsäckerrede. Aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht, ohne „ihn“: „Ohne ihn, gar gegen ihn wäre die Deutschlandpolitik der neuen Regierung früh und kläglich stecken-

geblieben.“ (Zeit, 6.9. 85)

So wäre auch diesmal der Standpunkt der braunen Ostlandritter nicht eindeutig und weit genug verankert worden. Schon hatte Czaja geurteilt, der Entwurf sei „verfassungsverwund“. Also schritt Strauß ein.

Dabei ging es gar nicht so sehr um die SPD und deren „Annäherung an sowjetische Positionen“. Er heizte ganz bewußt die Flügelkämpfe der außenpolitischen Experten der eigenen Fraktion an, indem er die „Genscheristen“ und insbesondere die Ansicht des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Volker Rühle scharf angriff. Dessen Linie, die Bindungswirkung der Ostverträge hinsichtlich der Grenzfragen anzuerkennen, habe in der Resolution nichts zu suchen.

Die „Stahlhelmer“ (Der „Stahlhelm“ wurde 1918 von Franz Seldte als „Bund der Frontsoldaten“ gegründet. Er war eine der Hilstruppen Hitlers, die nach dem 1. Weltkrieg als Wehrverband gegen Demokraten und Kommunisten eingesetzt wurde und eine erfolgreiche Politik gegen das „System von Weimar“ bestritt) setzten sich schließlich mit ihrem Störmanöver durch:

Der Bundestag beschloß erstmals keine Resolution und blieb mißsam seinem Kanzler auf den eh schon mehr als reaktionär-konservativen Positionen der Deutschlandpolitik hocken.

Sie werden es sicher nicht wieder wagen, einen Entwurf ohne den eigentlichen und einzigen Experten zu formulieren.

ANTIFASCHISTEN IN AKTION:

München: Vorlesungsfrei für Dr. Freundl

Referenzen hat er genügend vorzuweisen: Studiendirektor am Maria-Theresia-Gymnasium, wo er Deutsch, Sozialkunde und Geschichte gibt, Fachbetreuer der Sozialkundelehrer in Oberbayern-Ost, bisherige Lehraufträge an der Hochschule für Politik und an der Fachhochschule Kempten, verschiedene (Schul-)Buchveröffentlichungen u.a. auch bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung. (Seine Doktorarbeit „Das Urchristentum in der Betrachtung des historischen Materialismus: Darstellung und methodisch-kritische Betrachtung anhand der Werke von Friedrich Engels, August Bebel und Karl Kautsky“ hat er bei dem Osteuropaexperten und Münchner Haushistoriker Stadtmüller geschrieben, bekanntgeworden u.a. als Unterzeichner des Heidelberger Manifests.)

Dazu kam noch die direkte Empfehlung seiner Parteispesies Jaster, Professor in Betriebswirtschaft an der Fachhochschule München und des Präsidenten der Fachhochschule Kempten, Ott. So also kam Dr. Freundl, der „freischaffende Friedensforscher“, wie er sich in seiner Visitenkarte ausweist, ohne Schwierigkeiten an die Fachhochschule München, wo er ab Oktober letzten Jahres im Fachbereich Allgemeinwissenschaften drei Vorlesungen zu halten begann: zweimal „Kommunistische Ideologie“ und einmal „Vergleich Bonn - Weimar“ mit jeweils ca. 40 Studenten. Größere Hindernisse für seine weißblaue Karriere hatte es im Leben des Dr. Freundl bisher anscheinend noch nicht gegeben.

Am 21.11.85 kam die Diskussion auf

Südafrika. Ein Student meinte beiläufig, daß der Widerstand der schwarzen Bevölkerung gegen den Apartheidstaat, jenem „Mörder- und Rassenregime“ (Schauspieler Sepp Bierbichler) „legitim“ sei. Freundl war da ganz anderer Meinung:

„Was heißt hier legitim? In Südafrika herrschen demokratische Verhältnisse. Und wer hat denn das alles dort aufgebaut? Südafrika war ein unbewohntes Land. Es waren die Buren, die es zuerst bevölkert haben. Und dann haben sie sich die Neger als Gastarbeiter ins Land geholt, vergleichbar unseren Gastarbeitern. Es ist vollkommen klar und rechtens, daß die deshalb politisch in diesem Land nichts zu sagen haben. Selbstverständlich gelten für sie die unveräußerlichen Menschenrechte, z.B. das Recht auf Leben, und die werden

ihnen ja auch gewährt, aber einen Anspruch auf irgendwelche staatsbürgerlichen Rechte haben sie keine. Und so wie sich die Gastarbeiter hierzulande an die hier geltenden Gesetze zu halten haben, so gilt dasselbe für die Neger in Südafrika."

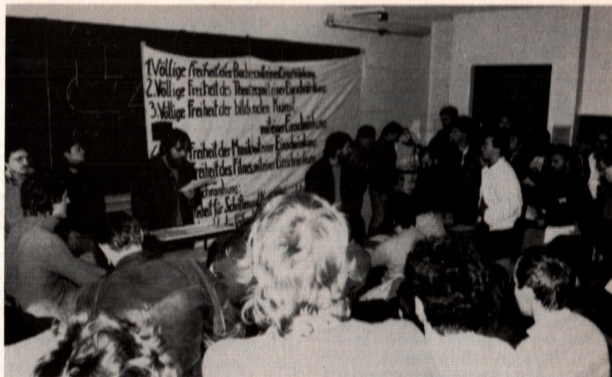
Menschenrechte hin oder her: Freundl hat ganz unverblümt die Argumentation der Rassisten aus Pretoria übernommen und hat sich selbst zum Fürsprecher des Apartheidregimes gemacht; und dies konnte weder für Max Jakob noch für alle anderen antifaschistischen Studenten einfach hingenommen werden. Schließlich hieß diese Ausbildungsstätte schon einmal „Fachschule der Hauptstadt der Bewegung" mit einem Bruder Himmlers als Direktor.

Eine Woche später wurde auf der Studentenvollversammlung am Fachbereich Physik/Feinwerktechnik folgende Dringlichkeitserklärung ohne Gegenstimme beschlossen:

„Die Studentenvollversammlung spricht ihre tiefe Empörung über die Äußerungen Dr. Freundls zum Rassenregime in Pretoria aus. Dr. Freundl stellt sich hiermit auf die gleiche Stufe wie ein Vorster und dessen Nachfolger Botha. So einen Lehrbeauftragten wollen wir aus politischer Überzeugung nicht. Wir fordern von Dr. Freundl eine Konsequente, auf Einsicht beruhende Zurücknahme seiner pseudowissenschaftlichen und rassistischen Äußerungen."

Nach der Vollversammlung ging es direkt zur Vorlesung „Kommunistische Ideologie", wo Freundl vor aller Öffentlichkeit Stellung nehmen sollte. Zweihundert Studenten drängten sich in den Vorlesungssaal, um genaueres zu hören, die Vorwürfe Max Jakobs, die Antworten Dr. Freundls. Freundl aber drängte sich schleunigst hinaus, mit dem Standardargument aller Reaktionsäre in solchen Situationen: „Ich fühle mich körperlich bedroht."

Mittlerweile hat Freundl freilich wieder zu seinem alten Selbstbewußtsein zurückgefunden. Mit seinen Äußerungen zu Südafrika sei er mißverstanden worden, sagte er in einer der letzten Vorlesungen, ansonsten sei er jederzeit bereit, über die Menschenrechte zu reden, wie er es ohnehin schon seit 25 Jahren tue. Der Spieß soll umgedreht werden: „Reden wir doch über Afghanistan", ließ Freundl in einem Radio-interview verlauten. Er wäre so - zurückschießend - aus dem Schußfeld genommen, ohne sich jemals wieder klar zu Südafrika geäußert zu haben. Es bleibt für Freundl dabei: Solange die Menschenrechte in Südafrika gewährleistet sind, solange kann dort unten alles so bleiben, wie es ist: die „Terror-



Studenten gegen Rassenhetze

risten"-Erschießungen an der schwarzen Bevölkerung seitens der südafrikanischen Polizei, die „legitimen" Rassengesetze, die Ghettoisierung usw. Gnade uns wieder vor solchen „Menschenrechten"!

Es wäre sicher ein großer Erfolg für alle demokratisch-antifaschistischen Studenten, wenn aufgrund des bisher geführten politischen Kampfes, Freundl nicht länger an der Fachhochschule dozieren könnte.

Wie die Auseinandersetzung mit Freundl in nächster Zeit auch ausgehen wird, so kann sich Freundl doch eines ganz sicher sein: ein Heimspiel, wie er's beispielsweise am tief-schwarzen Maria-Theresia-Gymnasium gewohnt ist, wird ihm an der Fachhochschule nicht gegönnt werden. Dazu gibt es doch zu viele Studenten, die sich eine derartige rassistische und antikommunistische Politik nicht als Vorlesungs- und Prüfungsstoff präsentieren lassen werden.

Sheriffs aus der U-Bahn verwiesen



Ein halbes Jahr lang forderte das ASK „Weg mit den Schwarzen Sheriffs" (und ihrem Ober-Sheriff Gauweiler, dem Münchner Kreisverwaltungsreferenten). Im November 1984 übergaben wir dem Stadtrat 5000 Unterschriften in diesem Sinne. Im Dezember 1985 war es dann endlich so weit: der Stadtrat beschloß, die Verträge der Schwarzen Sheriffs für die Bewachung der U-Bahn zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Aachen: Erzieherische Wirkung

1.950,- DM hatte der Staatsanwalt als Strafe beantragt: Dafür, daß ich im Mai 1984, als Alt-Nazi und Alt-Bundespräsident Carstens in Aachen für seine besonderen Verdienste um Europa den Karlspreis erhielt, am Stand der Initiative „Schützt die demokratischen Rechte“ nebenstehendes Plakat vertreiben habe (der DID berichtete seinerzeit darüber).

Erst sollte ich den damaligen Bundespräsidenten verunglimpft haben - aber der sah das anders. Also versuchte man die damalige gewaltsame Beschlagnahme der Plakate nachträglich damit zu rechtfertigen, daß ich mich wegen Verbreitung des Hakenkreuzes nazistischer Umtriebe schuldig gemacht hätte.

Die Absurdität dieses Vorwurfs leuchtete der Richterin wohl ein: Der Sinn des Plakats sei allgemein erkennbar, die Verwendung des Hakenkreuzes eindeutig „gesellschaftskritisch“; die Nazivergangenheit Carstens sei schließlich jedermann bekannt gewesen, so daß eine Mißdeutung des Plakats auszuschließen sei, es sogar eine „eher erzieherische Wirkung habe“. Freispruch.

Gegessen ist die Sache damit noch lange nicht für uns und nicht für Aachen: die Stadt, die sich ihrer internationalen Offenheit, ihrer „sprudelnden Vielfalt“ (Werbeslogan) rühmt, fällt regelmäßig durch ihre einseitige Anwendung der Meinungsfreiheit auf: gelobt und regelmäßig besucht von der DVU wegen der hier herrschenden Liberalität der Polizei den Neofaschisten gegenüber, zentraler Treffpunkt der Jungnazis wie dieses Jahr am 4. Mai - da herrscht allerdings Offenheit. Wird jedoch eine kritische Meinung gegenüber Aachens tiefschwarzer Obrigkeit geäußert - sei es dieses Plakat, unser Plakat gegen die führende Mitgliedschaft von Aachens OB Malangre im Opus Dei oder eines, das die Ungeheuerlichkeit angriff, daß ausgerechnet ein bekannter Ausländerfeind von der CDU-Mehrheit im Rat der Stadt Aachen zum Vorsitzenden des Ausländerbeirats gewählt wurde: da findet sich immer entweder die willige Staatsanwaltschaft selbst, der OB in Person oder ein Ratsherr, der Verunglimpfung und Beleidigung wittert und damit für die sofortige Unterbindung der Verbreitung unserer Meinung sorgt.



Sicher: die Gerichte sprachen bislang uns, unsere Druckwerke und Meinungen nach Monaten und Jahren immer frei. Aber eben erst dann, wenn sowieso alles gelaufen war.

U.S. für die Initiative „Schützt die demokratischen Rechte“ Aachen

Aufgeregtes Schongau

Ein ASK-Flugblatt sorgt für Wirbel

Miriam Makeba und Dolar Brand - weltbekannte Musiker aus Schwarzafrika - gaben im schwarzen Schongau ein Konzert. Zwei ASKler - musikbegeistert, aber auch in Kenntnis der Tatsache, daß bei diesem Konzert für die Sache der Befreiung gesungen wurde - fuhren nach Schongau und verteilten im Konzert die Flugblätter vom ASK zum Thema „Südafrika - ein Mordgeschäft“. Vorm Konzert in der Vorhalle, im Saal, in den Pausenhalle - die Besucher waren äußerst interessiert, etliche sagten: „Endlich mal ein Flugblatt hier!“. Und während des Konzertes spürte man, daß ein großer Teil des Publikums auf der Seite der um ihre Befreiung kämpfenden Schwarzen in Südafrika standen.

Aber - wie gesagt - das alles spielte sich in Schongau ab - im Pfaffenwinkel. Und so war dann auch die Reaktion der Schwarzen in Schongau.

Ausschnitte aus einem Leserbrief, der ans Kultusministerium und die „Schongauer Nachrichten“ geschickt wurde, entnommen aus „OHA - Zeitung aus dem Pfaffenwinkel“:

Die Veranstaltung war in zwei Schwerpunkte aufgeteilt. Zuerst die „Dollar Brand alias Ibrahim Abdulla Combo“, die neben ihrem zweifellos guten musikalischen Können vor allem am Ende ihrer Darbietung damit nicht nur uns (un-

angenehm) auffiel, als sie selbstverfaßte Texte, gerichtet gegen die Apartheidpolitik in Südafrika, vortrug (ca. 10 - 15 Minuten lang) und das Publikum aufforderte, in einen rhythmischen Refrain „Man-de-la, South-Af-ri-ca“ einzufallen. Dabei streckte der Vortragende die geballte rechte Faust zur Untermauerung hoch. Dieser Aufforderung kamen jedoch nur ca. zehn Prozent des Publikums nach.

Danach gab es eine Pause. Die Zeit dieser Pause wurde jedoch - der Terminologie zufolge - vom vermutlich kommunistisch beeinflussten (bezahlten) „Demokratischen Informationsdienst“, München, dazu benutzt, ein Flugblatt „Südafrika - ein Mordgeschäft“ zu verteilen. (Eine Kommentierung behalten wir uns vor.) Man versuchte dabei, auch uns in eine politische

Diskussion zu verwickeln, wozu wir aber an diesem Ort und in dieser Situation nicht bereit waren. Aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen - ich bin seit ca. 20 Jahren im Export weltweit tätig - sowie dem Informationsstand meiner Familie wären wir sehr wohl dazu in der Lage gewesen.

Dies zum teilweise unversöhnlichen ersten Schwerpunkt des Abends. Der zweite Teil - es standen Miriam Makeba und ihr Ensemble auf dem Plan - wurde von der Künstlerin wie folgt eröffnet: „I am told to sing politics, but I sing only the truth“ (Man sagt mir, ich singe politische Lieder, aber ich singe nur die Wahrheit). Nun waren wir nahe daran, diese sogenannte „Jazz-Veranstaltung“ zu verlassen.

Unsere Frage an Sie: „Dürfen Künstler aus Südafrika und ein vermutlich kommunistisch agierender und agitierender „Demokratischer Informationsdienst“ aus München eine derartige Veranstaltung dazu mißbrauchen, ihre Ideologie darzustellen?“

Unsere Aufforderung an die DID-Leser: Nutzt viel öfter die Gelegenheit, auch in den entlegeneren Winkeln die Flugblätter des ASK zu verbreiten. Für Wirbel ist gesorgt.

Der obige Leserbrief hatte dann erfreulicherweise zur Folge, daß das Alternativblatt „OHA“/Zeitung aus dem Pfaffenwinkel eine ganze Seite im Format DIN A 3 dazu nutzte, ihre Leser mit ausgezeichnetem Material über die Mordgeschäfte der westdeutschen Kapitalisten in Südafrika zu informieren. „OHA“ erscheint monatlich und hat immerhin mehrere 1000 Auflage.

Daß sich der Veranstalter des Konzerts aufgrund des Drucks, den er bekam, beim ASK beschwerte, wieso wir, ohne ihn zu fragen, bei seinem Konzert Flugblätter verteilt hätten, sei noch am Rande erzählt. Der Herr meinte, daß doch Südafrika mit Strauß nichts zu tun habe.

Noch ist es leider nicht so weit.

„Der letzte Terrorist ist mir lieber als der erste von der CSU“ (Achterbusch)

Sepp Bierbichler unterbrach an dieser Stelle die Aufführung von Achterbuschs Stück „Der Gust“. Er las eine Erklärung des Ensembles vom Residenztheater gegen das Apartheid-Regime vor. In ihr wird gegen die Inhaftierung des Pastors Kraatz protestiert, weil er trotz Verbot zwei Schwarze beerdigt hatte. Anschließend gab Bierbichler eine persönliche Stellungnahme ab, in der er der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung vorwarf, sie unterstütze den südafrikanischen „Regierungsterroismus“.

Die Reaktion kam prompt. Kultusminister Maier verbietet den Protest. Theaterdirektor Baumbauer schrieb ans Ministerium, sein Ensemble verstehe sich nicht ausschließlich als Diener der Rol-

lente - wie im Kurfürstlichen Theater. Und Bierbichler: „Aber muß ich mit dem zurückhalten, was ich weiß: glaubt ihr, ich war blöd und wollte am Donnerstag einen Skandal? Im Theater ist nichts dergleichen passiert: Wo ist der Skandal entstanden? Doch erst in den folgenden Tagen. Und durch wen? Stoiber hat uns als verrückt bezeichnet.“

Natürlich Stoiber. Doch das von ihm inszenierte Verbot hat die Sache erst recht publik gemacht. Als Antwort organisierte Franz Xaver Kroetz eine Initiative „Künstler gegen Apartheid“. Und die Initiatoren interessiert gerade die Rolle Bayerns, bzw. der CSU im Verhältnis zu Südafrika: die Hanns-Seidel-Stiftung habe die Exponenten des Apartheid-Regimes aufgewertet, wie dies nach weltweiten Protesten nur in Bayern möglich sei.



„Vor seinen Fans wird Strauß bei seinem Abgang abgeriegelt. Auch Autogrammwünsche können nicht erfüllt werden. Jedenfalls nicht an Ort und Stelle. Wer ein Autogramm haben möchte, kann einen entsprechenden Zettel in einen der Körbe werfen, die im Saal herumgereicht werden. Ich (Ali) finde trotzdem meinen Weg zum Bayern-Führer. Ganz einfach.“

Ich (Ali) gebe mich als Abgesandter und Kongreßbeobachter des türkischen Faschisten-Chefs Türkes von den Grauen Wölfen aus. Dieser Türkes, ein glühender Hitler-Verehrer, hat sich schon vor einigen Jahren einmal heimlich in München mit Strauß getroffen. Damals, so Türkes, sicherte ihm der CSU-Vorsitzende zu, „daß in Zukunft für die MHP (eine neofaschistische türkische Organisation, G.W.) und die Grauen Wölfe ein günstiges politisches Klima in der Bundesrepublik mit entsprechender Propaganda geschaffen werde. Türkes' Kriegsrufruf: 'Tod allen dreckigen Juden, kommunistischen Hurensöhnen und griechischen Hunden!'“

Als dessen Beauftragter werde ich (Ali) gleich bei Strauß vorgelassen. Er begrüßt mich herzlich und klopft mir auf die Schulter, so behandelt ein mächtiger Pate einen seiner ärmlichen Verwandten aus der Provinz. Die Festschrift „Franz-Josef Strauß - ein großer Bildband“ versieht er für mich mit einer persönlichen Widmung: „Für Ali mit herzlichem Gruß - F.J. Strauß.“

Die versammelten Fotografen lassen sich diesen Schnappschuß nicht entgehen.“ (aus: Günter Walraff, Ganz Unten, Köln 1985)

ZUR DISKUSSION: Die CSU verbieten?



Das Bild zeigt eine Aktion der „Kämpfenden Jugend“ zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Sie propagierte das Verbot der CSU. Dazu vier Stellungnahmen.

Stefan Sinz, Redaktion der „Kämpfenden Jugend“

Wir können nicht zulassen, daß sich um Franz Strauß die „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands“ formiert.

Eine Sammlungsbewegung, die sich die Zerschlagung der Gewerkschaften auf die Fahnen geschrieben hat. Die stattdessen „Arbeitskammern“ für uns einrichten will.

Eine Sammlungsbewegung, für die es uns Arbeitern angeblich viel zu gut geht, während die Bosse der Konzerne angeblich am Hungertuch nagen.

Für die Kohl eine Null ist, weil er viel zu langsam unsere Löhne kürzt und Sozialkassen plündert, weil er sich zu sehr dem „Druck der Straße“ beugt. Eine Sammlungsbewegung, für die das Abschlagen von Hunderten von südafrikanischen Arbeitern den Frieden in Freiheit garantiert. Die das Rassenregime selbst dann noch in Schutz nimmt, wenn sie damit allein dasteht. (Wie Strauß beim Treffen der konservativen Parteien in Washington 1985)

Eine Sammlungsbewegung, die uns Arbeiterjugendlichen nichts zu bieten hat als Massenverhaftungen, Ausländerhetze, immer weniger Bildung, dafür mehr Militär.

Wir aber wollen eine bessere Zukunft. Ein Leben ohne Ausbeutung, Hunger und Krieg. Für diesen Kampf brauchen wir die spärlichen Rechte, die sich die Arbeiter in diesem Land erkämpft haben. Warum sollten wir für die Freiheit derjenigen sein, die offen erklären, daß sie unsere Rechte, unsere Organisationen zerschlagen wollen. Nur weil „man“ sich in 40 Jahren daran gewöhnt hat, daß es eine CSU gibt, daß sie sich alles Reaktionäre erlauben darf?

Nein, wir von der Redaktion der „Kämpfenden Jugend“ gewöhnen uns daran nicht und sagen:

Für diejenigen kein Recht, sich zu organisieren, die Jugendliche, die gegen den Völkermord in Vietnam demonstrieren, als „Tiere“ bezeichnen, „auf die die Anwendung der von Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist.“

Für diejenigen kein Recht, sich zu organisieren, um uns Arbeitern die Luft zum Atmen zu nehmen.

Für diejenigen kein Recht, sich zu organisieren, um Friedhofsruhe fürs Kapital zu schaffen.

FÜR DAS VERBOT DER CSU!

Dieter Staudé, Mitglied der SPD in Regensburg

Die selbstverständlichen Konflikte zwischen Menschen sind der Motor für notwendige politische Auseinandersetzungen in einer freiheitlichen Gesellschaft. Daher sind Verbote oder Reglementierungen in einer Demokratie unangebracht. Wer Harmonie durchsetzen will, weil er Konflikte nicht ertragen kann, hat ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Daher mein uneingeschränktes Nein zu einem Verbot der CSU.

Trotzdem hat die Frage Sinn, weil diese Partei autokratisch Macht ausübt. Wer sich Bürokratien (z.B. der Maulkorbberlaß gegen bayerische Beamte) oder Verbände (z.B. das Hick-Hack bei der Präsidentschaftswahl im Roten Kreuz) dienstbar machen will, junge Menschen durch Berufsverbot versucht einzuschüchtern (z.B. Gerd Bitterwolf darf in Bayern nicht Lehrer werden) und über Verbote anderer Parteien spricht (z.B. gegen die Grünen), hat einen Anspruch darauf, sich in Frage stellen zu lassen.

Ingrid Psimmas, Mitglied der GRÜNEN im Kreisverband Regensburg

Prinzipiell halte ich nichts vom einem Verbot von Parteien, also bin ich auch nicht für ein Verbot der CSU. Aber ich halte auch nichts von einer Partei, die gegen den Willen der Bevölkerung den Bau der WAA durchsetzen will und die jeglichen Protest dagegen unterdrückt und kriminalisiert, wie z.B. die Massenverhaftung in Haidhausen zeigt. Strauß läßt ja auch nicht einmal innerhalb der CSU Demokratie zu.

Ich jedenfalls finde, daß die Aktion der Kämpfenden Jugend sehr zum Nachdenken anregt.

Edmund Trageser, Redaktion des Demokratischen Informationsdienstes

Die CSU ist die Partei, die die Wünsche der Flicks und Quandts direkt in Politik umsetzt. Diese Politik ist heute bereits verantwortlich:

- für die Menschenleben verachtende Situation an vielen Arbeitsplätzen;
- für die Abwälzung sozialer Probleme auf die Ausländer, für das Schüren von Rassenhetze;
- für die planmäßige Verdummung unserer Kinder an den Schulen;
- für die atomare und allgemeine Vorbereitung des nächsten Kriegs.

Doch das Programm der CSU geht weiter:

- Deutschland in den Grenzen von 1937, „Befreiung“ ganz Osteuropas und deshalb;
- Beseitigung demokratischer Rechte;
- Zerschlagung der Gewerkschaften.

Wir können den Reaktionären nicht verbieten, reaktionär zu sein. Doch ihnen freiwillig die Möglichkeit einzuräumen, sich eine Infrastruktur aufzubauen, den Staatsapparat zu besetzen, mit unseren Steuergeldern ihre Propaganda zu finanzieren, usw. heißt, daß wir uns freiwillig täglich selbst ans Messer liefern.

Wenn es den Menschen dieses Landes gelingt, die CSU aufzulösen, ist das auf jeden Fall ein Schritt in eine bessere Zukunft für uns alle.

Liebe Freunde,

Eure Demonstration kommt zur rechten Zeit und wird von uns unterstützt.

Tagtäglich erleben wir derzeit auf dem WAA-Gelände von Wackersdorf, wo WAA-Gegner sich gegen den Bau der Atomfabrik zur Wehr setzen, neue Übergriffe auf Demonstranten, neue Verstöße gegen unser Widerstandsrecht.

Die erste Räumung des Platzes ging mit brutalen Massenfestnahmen von 869 Personen einher. Auch jetzt in der Zeit der Aussetzung der Rodungsarbeiten bis 7.1.1986 provoziert die Polizei ständig in dem von WAA-Gegnern errichteten Hüttendorf und es werden Demonstranten schikaniert und mißhandelt. Bei der nächsten Räumung wird der bayerische CSU-Staat uns wieder seine Stärke beweisen wollen. Denn Strauß und seine CSU wollen jeglichen Widerstand und Protest gegen die WAA unterdrücken.

Das zeigen auch die Massenfestnahmen in Haidhausen sowie das Verbot der dagegen geplanten Protestdemonstration.

Das zeigen die Massenfestnahmen auf dem Rodungsgelände und die versuchte Disziplinierung des Landrat Schuierer.

Wir müssen uns daher zusammenschließen, unser gemeinsames Eintreten für den Erhalt des Widerstands- und Demonstrationsrechts wird mit jedem Tag dringlicher.

**Bürgerinitiative gegen die Errichtung
einer atomaren WAA in Schwandorf e.V.
- gez. Der Vorstand -**

Natürlich habe ich zur Einschränkung des Demonstrationsrechts etwas zu sagen: In unserer kapitalistischen Gesellschaft ist Recht, was die Mächtigen in einem Land in ihrem Interesse erhalten können und was die Mehrheit gegen die Interessen der mächtigen, weil besitzenden Minderheit nicht erstreitet. Derzeit ist in der BRD (und nicht nur hier) wieder einmal der Klassenkampf von oben angesagt, aber die Mächtigen haben Lehrern aus der Vergangenheit gezogen und wollen ihren Kampf, wie schon einmal, in scheinbarer Legalität führen, deshalb lassen sie durch ihre Chargen, die bürgerlichen Politiker, die Regeln verändern zu ihren Gunsten, wie das Demonstrations- und das Streikrecht. Wenn der Kampf von den Betroffenen nicht jetzt gegen diese „legale“ Knebelung erfolgt, werden bald die nächsten Fesseln folgen, und dann werden wir noch mehr betroffen sein, wir, die Kulturschaffenden, die sich nicht an die von den Mächtigen verordnete Zuchtauszelordnung halten wollen und können, werden, wo es noch nicht taktisch erfolgt ist, mit Berufsverboten und Zensur belegt werden. So gesehen, stehe ich auf der Seite derjenigen, die für die Rechte, für die Interessen der Mehrheit aufstehen.
Zeit zum Aufstehen!

Mit solidarischen Grüßen

August Kühn

Liebe Freunde,

Wir begrüßen Eure Initiative zu einer gemeinsamen Demonstration für unser Widerstandsrecht. Beweisen uns doch die Fabrikbesitzer und ihre Regierung jeden weiteren Tag: Sie - oder wir. Sie - und Millionen und Abermillionen Stunden unserer Arbeit vergrößern weiter das Elend der Arbeiter. Die Sozialkassen werden weiter geplündert für Bomben und Tornados. Hunderte Milliarden nicht für unser Leben, sondern für Rüstung und Tod.

Daß die Arbeitersache, der Frieden, stärker wird, liegt an uns. Wenn die Obrigkeit unseren Kampf verbieten will, dann gilt es umso mehr, daß wir über die Organisationsgrenzen hinweg uns zusammenschließen. Und gemeinsam für unser Widerstandsrecht demonstrieren!

Mit kameradschaftlichem Gruß,

Initiativen zur Vereinigung der revolutionären Jugend:

Jugendarbeiterzirkel Aachen

Unterstützungsgruppe der Kämpfenden Jugend Butzbach

Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend Frankfurt

Mainzer Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend

Münchener Initiative für die Vereinigung der revolutionären Jugend (ehemals BDP/BDJ)

Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend Nürnberg (ehemals BDP/BDJ)

Demokratischer Jugendzirkel Regensburg

sowie Mitkämpfer aus: Augsburg, Bremen, Gütersloh, Herborn, Köln, dem Ruhrgebiet und Waldkraiburg

Grußadresse zur Demonstration am 1.2.1986

Die Meinungsfreiheit ist unverzichtbar. Friedliche Demonstrationen sind demokratische Verhaltensweisen von freien mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die so dieses Grundrecht wahrnehmen und erfüllen. Wer mit formalen fadenscheinigen Begründungen demonstrierte Meinung verbieten will, stellt sich gegen die Demokratie, die von der Meinungsvielfalt lebt. So ist mir z.B. nicht einleuchtend, daß die mit teuren Anzeigen finanzierten Meinungsmachen u.a. von „Flick-Bestoehen“ und „Horten-Geschmierten“ jeweils eingeschränkt werden sollten. Ihr kämpft mit Eurem Herzen für das Demonstrationsrecht, andere kämpfen mit Ihrem Geldbeutel für mehr Obrigkeitsstaat. Ich bin auf Eurer Seite.

**Dieter Staude,
Vorsitzender des Sicherheitspolitischen
Arbeitskreises Niederbayern/Oberpfalz
in der SPD**

Der Bürgerwiderstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf ist demokratisch, legal und berechtigt. Die Mentalität des Demonstrationsverbotes des Münchner Kreisverwaltungsreferates ist dagegen illegal, unberechtigt und erschütternd undemokratisch.

Diese Entscheidung verstößt auch gegen eindeutige Bestimmungen des Grundgesetzes.

Das Gewissen der Bürger soll im Interesse problematischer wirtschaftlicher Entscheidungen des Großkapitals manipuliert werden.

Als in Haidhausen lebender Schriftsteller betrachte ich diesen Stadtteil sehr wohl als einen geeigneten Platz zu friedlicher Demonstration des Bürgervillens und verwahre mich entschieden gegen ungerechtfertigte, die Demokratie einschränkende Verwaltungsmaßnahmen.

Darüber sollten auch die Bürger in Polizeiuniform nachdenken.

**Joachim Hackethal
Schriftsteller
Vorstandsmitglied des VS in der
IG Druck und Papier**

Wozu brauchen wir ein Demonstrationsrecht? Wir haben doch eine gute Regierung, die eine schöne teure Wiederaufbereitungsanlage genehmigt, jederzeit die großen Konzerne unterstützt, nach Kräften aufrüstet, freundschaftliche Beziehungen zum Apartheid-Regime in Südafrika und zu den türkischen Militärherrschern unterhält und im eigenen Lande mit sanfter Gewalt (z.B. Änderung des Streikparagrafen im Arbeitsförderungs-gesetz) und gelegentlich auch mit hartem Polizeigriff dafür sorgt, daß die Arbeiter, Schüler, Studenten, Umweltschützer, Frauenrechtler, Grauen Panther usw. uns nicht gefährlich werden. Wenn wir eine so gute Regierung haben, wozu brauchen wir dann noch ein Demonstrationsrecht, wir Konzernherren? Haben wir es etwa nötig, auf die Straße zu gehen? Nein, wir - Siemens, Flick, Gerling, Thurn und Taxis - brauchen kein Demonstrationsrecht. Sollen unsere guten Politiker von Zimmermann bis Gauweiler es doch einschränken und immer stärker einschränken, bis nichts mehr davon übrig ist. Sollen sie doch.

Eckart Sproo

Weitere Solidaritätsadressen wurden uns zugesandt von:

Gisela Elsner, Schriftstellerin

Peggy Parnaß, Journalistin

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Exekutivkomitee AStA der Fachhochschule München

Kreisverband der Liberalen Demokraten, Wuppertal
Senioren-Schutz-Bund SSB „Graue Panther“ e.V., Regensburg

Den Aufruf unterstützen:

Peter Otto Chotjewitz, Schriftsteller
Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin

Ottfried Fischer, Kabarettist

Bruno Jonas, Kabarettist

Peter Lais, ÖTV-Mitglied

Für unser Widerstandsrecht! Demonstration am 1.2.1986 in München

Freiheit für die Reaktionäre

Die Wehrsportgruppe Hoffmann, eine gemeingefährliche, faschistische Vereinigung, wird vom Bayerischen Staat nicht verfolgt:

München, 26.9.1980, Oktoberfest: 12 Menschen sterben, 200 werden durch die Bombe der Faschisten schwer verletzt. Die Verantwortlichen sind bekannt – der Bombenleger war Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Mörder gehen straffrei aus. „Mein Gott, wenn jemand Spaß daran hat, am Sonntag mit einem Kampflanzug mit Koppelschloß durch's Gelände zu spazieren, soll man ihn in Ruhe lassen ... Hoffmann hat sich nichts zu Schulden kommen lassen.“ (Strauß im März 1980)

Die bayerische Regierung gibt ihrer Polizei das Recht, auch auf Kinder unter 14 Jahren und in Menschenmengen zu schießen. (Bayerisches Polizeiaufgabengesetz, Art. 45-47 vom 24.8.1978) Im August 1983 erschießt die Polizei in Gauting einen 14jährigen Jungen. Als Grund für den Schuß gab der Beamte später an, er habe einen menschlichen Schatten hinter einer Scheibe gesehen. Er wird nur zu wenigen Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

Die bayerische Regierung beschließt ohne Befragung des Volkes und gegen dessen erklärten Willen den Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf.

40 Jahre nach Kriegsende marschieren sie wieder.

Die Bundeswehr stellt sich bewußt in die Tradition der Hitlerwehrmacht. „Wie ich persönlich über die Leistungen ... der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen.“ (Strauß, „Der Freiwillige“, 1959) Vor fünf Jahren nahm Strauß auf dem Königsplatz, dem Aufmarschplatz der Hitlerfaschisten, das erste öffentliche Gelöbnis ab.

Unfreiheit für die Demokraten

Nürnberg, 5. März 1981

Unter 1000fachem Bruch von Recht und Gesetz (so der Staatsrechtler Prof. Erich Küchenhoff) verschwinden alle (!) 141 Besucher des Jugendzentrums KOMM z.T. für Wochen in bayerischen Gefängnissen.

Warum? Weil ein paar KOMM-Gäste kurz zuvor an einer spontanen Demonstration gegen Wohnungsnot und Häuserspekulation teilgenommen haben (Sachschaden: sechs eingeworfene Fensterscheiben; Täter unbekannt).

„In Bayern darf es nicht dazu kommen, daß der Pöbel die Straße regiert.“ (Strauß vier Wochen vor der Massenverhaftung)

Ein Mensch, der aus einer Demonstration einen Stein wirft, soll genügen, um alle Teilnehmer dieser Demonstration zu Straftätern zu machen.

CSU-Innenminister Zimmermann beharrt in Bonn auf der Verschärfung des § 125 gegen den Landfriedensbruch. Sein bayerischer Kollege Hillermeier bestätigt im Bayernkurier vom 5.2.1985, daß es ihnen gar nicht um die „Steineschmeißer“ geht: „Das geltende Recht, das nur die Gewalttäter selbst mit Strafe bedroht, reicht nicht aus, um diesen Straftaten wirksam begegnen zu können.“

Menschen, die gegen die Atomfabrik Wackersdorf demonstriert haben, werden von der Polizei überfallen. **2000 Polizisten und Bundesgrenzschützer räumen ein angemeldetes Straßenfest von WAA-Gegnern in Haidhausen und nehmen jeden fest, den sie greifen können.**

Dem Anti-Strauß-Komitee und anderen Antifaschisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen wird in München ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit genommen.

Noch bevor Zimmermann sein Ziel in Bonn erreicht hat, setzt ein kleiner Münchner Beamter – der Chef des Kreisverwaltungsreferats Gauweiler – selbstherrlich geltendes Recht außer Kraft. Er verbietet den Protest gegen den Haidhauser Polizeieinsatz und eine Kundgebung gegen dieses Verbot. Als Begründung wurde unter anderem die Verurteilung der Anmelderin wegen Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten genannt.

**Keine Freiheit für die, die den Krieg vorbereiten! Keine Freiheit für alte und neue Nazis!
Wir lassen uns unsere Rechte nicht nehmen. Wir demonstrieren am 1.2.1986 in München!**

Im Brokdorf-Urteil erklärten die Richter des Bundesverfassungsgerichts im Sommer 1985: Dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit komme eine besondere Bedeutung zu, da „große Verbände, finanzstarke Geldgeber oder Massenmedien beträchtliche Einflüsse ausüben können, während sich der Staatsbürger eher als ohnmächtig erlebt“. Die Richter bezeichnen „demonstrativen Protest“ als „notwendig“, wenn von der Regierung oder den Behörden Mißstände nicht erkannt werden oder „aus Rücksichtnahme auf andere Interessen hingenommen werden“.

Gemeinsam gegen den Abbau des Demonstrationsrechts!

Herausgeber: Anti-Strauß-Komitee
V.i.S.d.P.: Annette Schorb, Kapuzinerstr.52, 8000 München 5, E.i.S.

Grußadressen, Stellungnahmen:

Mit großer Sorge beobachte ich seit Monaten den Abbau von demokratisch freiheitlichen Grundrechten.

Ich erinnere an die Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung, wonach künftig die erste Instanz (Tatsachen-Instanz) des Verwaltungsgerichts bei großtechnischen Anlagen nicht mehr zuständig ist, sowie an den Erlaß des Selbsteintrittsrechts. Auch hier wird den Landräten bei großtechnischen Anlagen bei Bedenken im Genehmigungsverfahren mit der Weisung der Regierung bzw. dem Selbsteintrittsrecht gedroht.

Ohne auf die einzelnen Verwaltungsverfahren um die WAA einzugehen, befürchte ich den weiteren Abbau von demokratischen Rechten. Mit Bestürzung habe ich auch die Schikanen bei den Demonstrationen in Wackersdorf und im Taxöldener Forst zum Teil selbst miterlebt: So wurden friedliche Demonstranten offensichtlich bewußt an ihren demokratischen Rechten gehindert, stundenlang aufgehalten, Omnibusse umgeleitet und kilometerweit entfernte Standorte zugewiesen.

Demonstranten mußten auch, wenn sie zur Kundgebung wollten, 5 - 6 Kilometer Fußmärsche in Kauf nehmen, obwohl Parkplätze in unmittelbarer Nähe in ausreichender Zahl zur Verfügung gestanden hätten. Da kann man wohl nur von Behinderung seiner nach dem Gesetz garantierten Versammlungsfreiheit reden.

Nicht unerwähnt kann in diesem Zusammenhang der seit Monaten andauernde Rufmord von höchster politischer Stelle gegen Demonstranten, Verantwortliche bei den Bürgerinitiativen, politisch anders denkende Mandatsträger und dgl. bleiben, die in Sorge um ihre Heimat sind.

Mich stört längst nicht mehr, daß ich mich bei jeder Gelegenheit, wo ich meine persönliche Meinung über Herrn Strauß und seine Minister oder die CSU sage, offiziell rechtfertigen soll. Wer aus der Geschichte und aus eigenem Erleben ähnliche Vorgänge kennt, der kann nur warnen, aber auch aufrufen zum legalen Widerstand gegen derartige Willkür.

Bisher war meine Parole „Wehret den Anfängen!“ Diese Anfangsphase scheint mir jedoch schon weit überschritten zu sein.

Hans Schuier
Landrat Schwandorf

Wir unterstützen Euren Demo-Aufruf gegen den Abbau des Demonstrationsrechts, denn jetzt geht es gegen wenige, bald geht es auch gegen die Gewerkschaften.

WEHRET DEN ANFÄNGEN

ÖTV-Betriebsgruppe
Arbeitsamt München

Liebe Freunde,

Wir unterstützen Eure Aktion gegen die Einschränkung des Versammlungsrechts und werden an der Demonstration am 1.2.1986 teilnehmen.

Immer häufiger wird der Versuch unternommen, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren, so lange, bis sich viele Leute nicht mehr auf die Straße trauen und damit ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit aus Angst aufgeben. Gerade für die Friedensbewegung ist es wichtig, ihren Protest gegen Aufrüstung und Militarisierung auf die Straße und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Wir müssen energisch gegen diese Beschneidung unserer Grundrechte antreten.

Mit solidarischen Grüßen,

Deutsche Friedensgesellschaft München
Vereinigte Kriegsdienstgegner

Liebe Frau Schorb, besten Dank für die mir übersandten Unterlagen.

Was mir bei diesen Demonstrationsverboten am meisten auffällt, ist die mir recht leichtfertig erscheinende Begründung. Friedliches Demonstrieren ist schließlich ein demokratisches, von der Verfassung garantiertes Grundrecht, das nur bei einer wirklichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit eingeschränkt werden darf.

Da erscheint es doppelt fragwürdig, wenn unter den angeblich gewichtigen Gründen die Vorstrafe der Anmelderin aufgeführt wird - wegen Beleidigung des Landesvaters! Wird man in München demnächst wieder auf den bis ins 19. Jahrhundert hinein gepflegten Brauch zurückgreifen, von demokratischen Sündern Buße zu fordern, nämlich ein Knieend vor dem Bildnis des Landesvaters abgelegtes Bekenntnis von Schuld und Reue sowie ein Gelöbniß der Besserung? Dem bayerischen 'Paten' patriae, selbst nicht gerade zurückhaltend, wenn es Schriftsteller als 'Ratten und Schmeißfliegen' zu verunglimpfen gilt, wäre solches ja durchaus zuzutrauen; aber muß sich wirklich die Landeshauptstadt München zum Erfüllungsgehilfen absonderlicher Forderungen der Staatskanzlei machen?

Mit freundlichen Grüßen

Bernt Engelmann

Am 12. Oktober 1985 hat die Polizei ein ordnungsgemäß angemeldetes und friedlich verlaufendes Straßenfest von WAA-Gegnern eingeschlossen und wahllos ca. 250 Personen verhaftet. Die Behauptungen der Polizei, sie hätte wegen von diesem Straßenfest ausgehenden „Krawallen“ einschreiten müssen, haben sich als unwahr herausgestellt. Sie wurden auch dadurch nicht wahrer, daß Teile der Münchner Presse nur die polizeiliche Version von den sogenannten Haidhauser Krawallen übernahmen und es nicht der Mühe wert fanden, vor Ort zu recherchieren.

Fast alle Festgenommenen mußten wieder freigelassen werden, ohne daß gegen sie konkrete Vorwürfe erhoben werden konnten. Ihre Fingerabdrücke verbleiben trotzdem im Polizeicomputer.

Das politische Ziel der von der Polizeiführung inszenierten Krawalle war die Diskreditierung der friedlichen Großdemonstration gegen die Atomfabrik in der Oberpfalz. Ansonsten haben die Ordnungshüter üben können, wie man über einen friedlich lebendigen Stadtteil den Belagerungszustand verhängt.

Gegen diese unrechtmäßige Massenverhaftung wurden Kundgebungen, u.a. vom Anti-Strauß-Komitee angemeldet und vom Kreisverwaltungsreferat verboten. Wir unterstützen die Bemühungen, es doch noch zu einer genehmigten Kundgebung gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechts kommen zu lassen.

Stadtratsfraktion der GRÜNEN/ALM,
ALM, Alternative Liste München

Wende ohne Ende

Das Arbeitsrecht flexibel gestalten; rufen Wendepolitiker, Arbeitgeber und konservative Rechtswissenschaftler. Sie meinen damit nicht nur den Abbau von Schutznormen für die Arbeitnehmer und mehr Macht der Unternehmer, sondern sie meinen weniger Demokratie für Arbeitnehmer.

Die einstellungshemmenden Vorschriften müssen abgebaut werden, rufen die Wendepolitiker und demonstrieren damit das Jugendarbeitschutzrecht und wollen auch den Schutz der Schwerbehinderten am Arbeitsplatz einschränken.

Mehr Macht den Unternehmen, weniger Demokratie für Arbeitnehmer ist ihr Ziel.

Die Neufassung des § 116 Arbeitsförderungs-gesetz, wie sie die Bundesregierung unter dem vereinigten Druck der Arbeitgeber, des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU und der FDP vornehmen will, soll die Streikfähigkeit in der Substanz treffen, ja sie wollen das Mittel des Arbeitskampfes zur Wirkungslosigkeit verurteilen. Das Ziel ist wiederum mehr Macht den Unternehmen, weniger Demokratie für Arbeitnehmer.

Über 2 Millionen Arbeitslose, mehr als 2 Millionen Sozialhilfempfänger. Die Kleiderkammern der Wohlfahrtsverbände haben wieder Hochkonjunktur, sie melden neue Rekorde von Hilfesu-

chenden.

Die Gewinne der Unternehmen explodieren. Die von der Bonner Wendepolitik geförderte - großangelegte Umverteilung der Einkommen ist bereits vollzogen. Den jährlichen Steigerungsraten der Gewinne (1983: 12,7 %; 1984: 9,1%; 1985: 6,5%) stehen vergleichsweise niedrigere Lohnerhöhungen gegenüber (1983: 3,3%; 1984: 2,7%; 1985: 2,8%). Die Neujahrsbotschaft aus Oggersheim kann auf ein Jahr zurückblicken, in dem die wirtschaftliche und moralische Kraft ihres Volkes gestärkt werden konnte. Die solidarische Gesellschaft des Kapitals mit der Wenderegierung läßt grüßen. Wir können stolz sein auf unsere solidarische Gesellschaft der Selbstbeweihräucherung.

Der CSU im Freistaat Bayern genügt die Politik der Wende in Bonn nicht, ihr geht es darüber hinaus vor allem darum, das Demonstrationsrecht weiter einzuschränken. Sie läßt die Regel der Verhältnismäßigkeit vollkommen außer acht, wenn es um Demonstrationen ihr nicht genehmer Gruppen geht. Dabei liegt die Vermutung nahe, daß ihr Krawalle bei mißliebigen Demonstrationen nicht ungelegen sind. Ist es doch oft sehr einfach, ohne vor Ort zu recherchieren, diese Gruppen in die Ecke der Chaoten zu stellen.

Doch das Demonstrationsrecht kann meines Erachtens nicht davon abhängig gemacht werden, ob man die politische Auffassung der Demonstranten teilt. Nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14. 5. 1985 kann das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nur in besonderen Fällen aufgrund einer eindeutigen Beweislage eingeschränkt werden. Wenn allerdings das Demonstrationsrecht nur deshalb eingeschränkt werden soll, weil die Antragstellerin wegen Beleidigung des bayer. Ministerpräsidenten vorbestraft sei, dann muß man sich fragen, welche obrigkeitstaatliche Denkweise steht hier Pate.

Das Recht, sich gewaltfrei zu versammeln, ist in unserem Grundrecht garantiert. Deshalb kann ein Ministerpräsident nicht - wie vor knapp zwei Jahren beim Querstellen der Lastzüge geschehen - seine Aufwartung machen, wenn er andere ihm nicht genehme Demonstrationen dauernd verurteilt. Die bayerische Staatsregierung sollte endlich begreifen, daß das Recht auf gewaltfreie Versammlung auch dann gilt, wenn die Demonstranten nicht ihrer Zielrichtung entsprechen.

Deshalb trete ich auch für die Aktion des Anti-Strauß-Komitees gegen die Einschränkung des Versammlungsrechts ein - unabhängig davon, ob ich mit den politischen Vorstellungen des Komitees übereinstimme - denn angebliche Majestätsbeleidigung ist kein Grund zur Einschränkung des Demonstrationsrechts.

Es darf keine Wende ohne Ende nach den Vorstellungen der CSU geben.

Max Weber, MdL (SPD)

An das Kreisverwaltungsreferat
z.Hd. Herrn Gauweiler
Ruppertstr. 19
8000 München 2

Betr.: Verbot von Demonstrationen im Monat Oktober

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken protestiert gegen die Praxis Ihrer Behörde im letzten Monat, Demonstrationen mit fadenscheinigen Begründungen zu verbieten. (...)

Es soll keiner mehr wagen, z.B. gegen die Politik der Bundesregierung, gegen Aufrüstung, Umweltzerstörung, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit zu demonstrieren und damit seinen Protest öffentlich zu machen. Dabei geht man jetzt gegen die sogenannten Autonomen und Chaoten vor, um dieselbe Politik später auch gegenüber Gewerkschaften oder Jugendverbänden wie dem unseren durchsetzen zu können.

Für uns ist es undenkbar, daß sich eine sozialdemokratisch geführte Stadtverwaltung mit diesen Verfechtern eines Obrigkeitsstaates auf eine Stufe stellt. Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit einsetzen.

Florian Ritter
Bezirksvorsitzender, Sozialistische Jugend
Deutschlands - Die Falken,
Bezirk Südbayern

Der Angriff auf das Streikrecht reicht den Unternehmen und der Regierung nicht. Auch das Demonstrationsrecht soll wieder auf den alten Stand vor der Liberalisierung durch die sozialliberale Koalition zurückgeschraubt werden. Das Ziel dabei ist, jede mißliebige Demonstration verbieten oder auflösen zu können: ein Provokateur findet sich immer! Wir sehen unser Widerstandsrecht durch die Pläne, das Streik- und Demonstrationsrecht auszuhöhlen, in größter Gefahr. Und wir brauchen beides zur Zeit nötiger denn je: erfindet diese Regierung doch laufend neue Gesetze und Verordnungen (250 bisher schon!), um den Sozialabbau weiter voranzutreiben, um unsere Sozialkassen zu plündern und um uns die letzten Groschen für die Aufrüstung aus den Taschen zu ziehen.

Deshalb begrüßen wir die Demonstration am 1.2.1986, um gegen den Angriff auf das Demonstrationsrecht zu protestieren.

**Vertrauensleutkörper der
Druck und Papier
im Süddeutschen Verlag**

Ich werde an der für den 1. Februar 1986 vorgesehenen Demonstration gegen die Willkürakte des Kreisverwaltungsreferates der Stadt München teilnehmen, um meine Pflicht als Staatsbürger, als Sozialkunde- und Geschichtslehrer und nicht zuletzt als Beamter, der auf die Verfassung vereidigt ist, zu erfüllen.

Die Grundratscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juli 1985 („Karlsruhe bekräftigt Versammlungsfreiheit - Enge Grenzen für Demonstrationsverbote - Unentbehrliches Funktionselement des demokratischen Gemeinwesens“, Aufmacher der SZ vom 24. Juli 1985) blieb Papier, das von Behörden und Verwaltungsgerichten ignoriert werden kann, wenn wir Bürger nicht bereit wären, für unsere Rechte auf die Straße zu gehen.

Protestieren wir jetzt, friedlich und ohne Waffen, gegen Willkürakte von Polizei und Behörden, gegen die fortschreitende Auslöschung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und gegen die Mißachtung des Karlsruher Richterspruches, damit nicht eines Tages der Fall eintritt, daß wir von unserem Widerstandsrecht aus Artikel 20/IVV GG Gebrauch machen müssen.

Dr. Rolf Eckart

Liebe Freunde,

eine der Begründungen für das Verbot der Demonstration am 19.10.1985 war, daß neben dem Anti-Strauß-Komitee auch wir, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, eine „unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ darstellen.

Man hat schlechte Erfahrungen mit uns gemacht. Die Ortsgruppe München des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD hatte kurz vorher zu einer Demonstration für den von der Polizei in Frankfurt ermordeten Arbeiter Günter Sare aufgerufen und sie durchgeführt, rechtmäßig und mit friedlichen Mitteln. Das war eine „unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“! Und auch sonst liegen jahrzehntelange schlechte Erfahrungen mit uns vor - die Kommunisten sind stets eine „unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in diesem Staat. Und nicht nur die Kommunisten, sondern die ganze Arbeiterklasse. Denn sie ist - wie schon Karl Marx und Friedrich Engels festgestellt haben - Totengräber der herrschenden Bourgeoisie.

Wir unterstützen Eure Initiative „Für unser Widerstandsrecht!“ und freuen uns, daß wir auch weiterhin mit Euch Seite an Seite kämpfen.

Mit solidarischen Grüßen

**Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD
Ortskomitee München
i.A. Alois Pangerl**

Grundrechte in der Zange:

Zwischen Landfriedensparagraf und Polizeiaufgabengesetz

Am Freitag, den 11.10.1985 - einen Tag vor der Großdemonstration gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, fand ein Gespräch zwischen der Demonstrationsleitung und der Einsatzleitung der Münchner Polizei statt. Der Einsatzleiter der Polizei, Koller, verlangte unter anderem, daß zu dem im Anschluß an die Demonstration angemeldeten Straßen-

zei hat die Krawalle in Haidhausen unter Kontrolle."

Fazit: etwa 150 Festnahmen, gegen 100 Besucher des Festes wurden Verfahren eröffnet, überwiegend wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Einsatzleiter Koller war an diesem Tag der richtige Mann am richtigen Ort. Als Bundeswehrmajor der Reserve hat er seine

einen Monat später die 25 Menschen vor dem öffentlichen Gelöbnis an der Feldherrenhalle einfach festgenommen und in Vorbeugehaft transportiert werden - ein Mittel, das im Faschismus gang und gäbe war.

Was mit dem Musterentwurf 1977 begonnen wurde, soll jetzt endlich weitergeführt werden. Der neue Musterentwurf, der gerade vorbereitet



Belagerungszustand

fest nicht aufgerufen werden sollte. Bei dem geringsten Zwischenfall werde die Polizei „deutlich Flagge zeigen.“

An der Demonstration am 12. Oktober in München nahmen 50.000 Menschen aus ganz Deutschland teil. Es wurden einige Fensterscheiben eingeworfen. Gegen die Steinschmeißer ging die Polizei jedoch nicht vor. Sie fürchtete den Protest und die aktive Solidarität der anderen Demonstranten. Bei dem anschließenden Straßenfest „zeigte die Polizei Flagge“, wie angekündigt. Lange vor Beginn des Festes in Haidhausen war der Stadtteil von der Polizei abgeriegelt. Besucher, die auf dem Weg zum Fest waren, wurden unterwegs festgenommen. Schwarze Kleidung, Punk-artiges Aussehen und Alter um 20 genügt, um den Verdacht der Polizei zu erregen. Der Belagerungszustand, in dem Haidhausen sich am Abend befand und die ständig um das Straßenfest patrouillierenden Einsatzfahrzeuge der Polizei schufen ein Klima der Spannung, daß es nur eine Frage der Zeit war, bis diese Spannung sich entlud. Die Flasche flog gegen 21.00 Uhr und 3000 Polizisten und Bundesgrenzschützer hatten den Vorwand, den sie brauchten, um loszuschlagen. Innerhalb von 5 Minuten war die Pariser Straße, in der das Fest stattfand, abgeriegelt. Mit Schlagstöcken prügelten sich die Polizisten durch das Fest und nahmen jeden fest, den sie greifen konnten. Gegen 22.30 Uhr war die Straße leergefegt und der Bayerische Rundfunk konnte melden: „Die Poli-

eigene Ansicht zur Plutoniumfabrik Wackersdorf: Die BRD könne eine „glaubwürdige atomare Abschreckung“ nur dann ausüben, wenn sie selbst auch direkt „einen eigenen Finger am atomaren Abzug habe ...“. Einfach ausgedrückt, Cruise missiles oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand.“ (Europäische Wehrkunde, Januar 1984)

Die Festnahmen in Haidhausen als polizeiliche Übergriffe zu brandmarken, stellen eine Verharmlosung dar. Längst wurde für solches Vorgehen eine rechtliche Grundlage geschaffen mit dem Polizeiaufgabengesetz. 1977 von den Innenministern der Länder als Musterentwurf konzipiert, wurde dieser postwendend im Jahr darauf in Bayern Gesetz - in Rheinland-Pfalz 1981 und wenig später in Niedersachsen. Bis 1977 band das Gesetz polizeiliches Handeln an konkrete Straftaten und Gefahren. Mit dem Musterentwurf von '77 wurde die Polizei ermächtigt, weit im Vorfeld eines Verdachts oder einer konkreten Gefahr einzugreifen. Zauberspruch, das der Polizei Tür und Tor öffnet, ist der Begriff der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“. Nach § 163 b und c StPO ist selbst die vorläufige Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung von Personen zugelassen, die - ausdrücklich so formuliert - „nicht einer Straftat verdächtig“ sind, „wenn und soweit dies zur Aufklärung einer Straftat geboten ist.“ Nur mit dieser rechtlichen Grundlage konnte in Haidhausen vorgegangen werden, nur so konnten

wird, soll legalisieren, was die Polizei längst schon tut: jeden zu bespitzeln und zu registrieren, gegen den sie einen Verdacht hegt. Die Gesetzesentwürfer machen daraus keinen Hehl: „Alle vorgesehenen Regelungen laufen im Prinzip auf die präzisere gesetzliche Fixierung des Ist-Zustandes hinaus.“ (Spiegel 42/85)

Das Überprüfen ganzer Busse, die auf dem Weg zur Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage waren und das Registrieren von Demonstrations Teilnehmern nimmt sich harmlos aus angesichts dessen, was die Polizei mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz an ihrer Seite in Zukunft alles darf: ob Lausangriffe auf Wohnungen, ob das Filmen von Demonstrationen oder gezielte Tonbandmitschnitte von Gesprächen - nichts ist mehr gegen das Gesetz. Was heute noch illegale Übergriffe sind, soll System werden - Unrecht zu Recht werden.

Der Polizeiüberfall auf das Straßenfest fand auf der Verwaltungsebene seine Fortsetzung: eine Protestdemonstration verschiedener Gruppen und Initiativen gegen den Polizeieinsatz in Haidhausen für den 19. Oktober wurde vom Münchner Kreisverwaltungsreferat unter seinem Chef Gauweiler kurzerhand verboten mit der Begründung, daß die Anmelderin mit ihrer Person nicht für den Verlauf einer gewaltfreien Demonstration „garantieren“ könne. Sie gehöre nämlich der Autonomen Linken an, sei vorbestraft und sei „längere Zeit mit einer Person, die der

unmittelbaren linksterroristischen Szene zuzuordnen ist, in Kontakt" gewesen. Als weitere Begründung mußten das Anti-Strauß-Komitee und der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD herhalten. Sie seien eine „unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ (Verbotsbescheid des Kreisverwaltungsreferats vom 18.10.1985). Keinerlei Belege stützten diese Behauptung des Kreisverwaltungsreferats. Mit haltlosen Diffamierungen werden demokratische Organisationen an den Rand der Legalität gedrängt.

Das nächste Verbot ließ nicht auf sich warten. Für den 30. Oktober hatten die Grünen Stadträte, die Humanistische Union Ortsverband München, das Anti-Strauß-Komitee, Vorstand und Mitglieder der Fachgruppe Erwachsenenbildung GEW, einige Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall und ÖTV und der Vorsitzende des Ortsvereins Haidhausen der SPD zu einer Protestkundgebung gegen das Demonstrationsverbot vom 19.10. aufgerufen. Auch diese Veranstaltung wurde vom Kreisverwaltungsreferat verboten. Begründung: die Anmelderin vom Anti-Strauß-Komitee sei wegen Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten vorbestraft und biete ebenfalls keine „Garantie“ für Sicherheit und Ordnung. (Beleidigt fühlte sich Strauß durch die von der Anmelderin verbreiteten Plakate mit dem Inhalt: Antikriegstag ist Anti-Strauß Tag). Zudem behauptete das Kreisverwaltungsreferat, daß „ein Großteil der Teilnehmer ... zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen bereit seien und diese Bereitschaft bei passender Gelegenheit auch in die Tat umsetzen wird.“

Auch dies ist eine unverschämte Unterstellung, bar jeglichen Beweises, wie es das Brokdorf-Urteil des Bundesverfas-

sungsgerichts vorschreibt. Hier wurde geltendes Recht beiseite geschoben.

Während das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts das Recht des Bürgers auf öffentliche Meinungskundgabe hervorhebt, arbeitet Zimmermann seit seinem Amtsantritt in Bonn gegen dieses Recht.

Nicht umsonst hat die CSU gerade das Innenministerium für sich reklamiert, das wichtigste in Sachen Demokratie. Zimmermanns Ziel ist es, jede unerwünschte Demonstration verhindern, verbieten und auflösen zu können, seine Waffe der Paragraph gegen den Landfriedensbruch: 1970 von der sozialliberalen Koalition liberalisiert, hat Zimmermann ihn im Sommer 1985 wieder verschärft. Noch muß er sich mit einem Kompromiß zufriedengeben: laut Gesetz können nur solche Mitglieder einer „gewalttätigen Menge“ wegen Landfriedensbruch verhaftet und angeklagt werden, die „bewaffnet sind“, die ihre „Identität verbergen“ und die „Gegenstände mit sich führen, die erkennbar dazu geeignet sind, Vollstreckungsmaßnahmen abzuwehren.“

Nach derzeit geltender Rechtsprechung ist eine Menge dann „gewalttätig“, wenn aus ihr ein Stein fliegt, eine Transparentstange erfüllt den

Tatbestand der „Bewaffnung“, seine „Identität verbirgt“, wer einen schwarzen Wollschal um den Mund trägt und „Vollstreckungsmaßnahmen wehrt ab, wer eine dicke Lederjacke zum Schutz vor Polizeiprügeln trägt. Die Verfahren, die gegen die in Haidhausen Festgenommenen eröffnet wurden, sind überwiegend solche wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigungen - dank Zimmermanns Vorarbeit. 1979 reagierte Strauß völlig verständnislos auf seinen Kollegen Albrecht in Niedersachsen, der die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben als „politisch nicht durchsetzbar“ ablehnte. Bei der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben“ warb er mit den „stabileren politischen Verhältnissen in Bayern“ und bekam prompt den Zuschlag. Wie er stabile Verhältnisse schafft, wurde in Haidhausen demonstriert. Wenn Zimmermanns Pläne durchgesetzt werden, wird es kein Problem mehr sein, auch Demonstrationen von 50.000 Menschen und mehr beizukommen, sei es gegen Wiederaufbereitungsanlagen, gegen Kriegsvorbereitung oder Sozialabbau.

Laßt uns gemeinsam am 1.2. 86 in München demonstrieren gegen den Abbau des Demonstrationsrechts, für unser Widerstandsrecht.



Schlusskundgebung der Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf am 12. 10. 1985

**Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom
14. 5. 1985 - dem sogenannten Brokdorf-Urteil:**

Anlässlich des Verbots der Brokdorf-Demonstration durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg äußerten sich die Verfassungsrichter eindeutig und grundsätzlich zu Artikel 8 des Grundgesetzes, dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Sie führten aus: „Das Recht des Bürgers auf Teilhabe an der politischen Willensbildung äußert sich nicht nur in der Stimmabgabe bei Wahlen.“ Gerade angesichts der Tatsache, daß „große Verbände, finanzstarke Geldgeber oder Massenmedien beträchtliche Einflüsse ausüben können, während sich der Staatsbürger als eher ohnmächtig erlebt“, komme dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit eine besondere Bedeutung zu. Die Richter belassen es aber nicht bei dem bloßen Anspruch des Bürgers, sie bezeichnen „demonstrativen Protest“ als „notwendig“, wenn von der Regierung und den Behörden Mißstände nicht erkannt werden oder „aus Rücksichtnahme auf andere Interessen bingegenommen werden.“

Dementsprechend schränkt das Brokdorfurteil die Möglichkeiten, Demonstrationen zu verbieten, stark ein. Es fordert von den zuständigen Behörden Beweise für die zu erwartenden Gewalttätigkeiten, „bloßer Verdacht und Vermutungen können nicht ausreichen“, um ein Verbot auszusprechen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß „der von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit auch dann erhalten bleiben muß, wenn einzelne andere Demonstranten oder eine Minderheit Ausschreitungen begehen.“ Denn wenn mögliche Gewalttätigkeiten einzelner zum Verbot der gesamten Demonstration führen würden, dann hätten es einzelne in der Hand, Demonstrationen „gegen den Willen der anderen Teilnehmer rechtswidrig werden zu lassen: praktisch könnte dann jede Demonstration verboten werden, da sich nahezu immer „Erkenntnisse“ über unfriedliche Absichten eines Teils der Teilnehmer beibringen lassen.“

Wenn Hillermeier auf Autonome, Punks und Spontis einprügeln läßt und Gauweiler Anti-Strauß-Komitee-Demonstrationen verbietet, geht das nicht nur ein paar „Randgruppen“ an, sondern alle Demokraten. Morgen schon kann es jeden treffen. Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne und jeden Gewerkschafter. Wir warten noch auf den Aufschrei, der angesichts dieser Ungeheuerlichkeiten längst durch Gewerkschaften und SPD gehen müßte.

Am ersten Februar sollten wir alle zusammen auf der Straße stehen. Damit wir morgen noch demonstrieren können. Gegen Zimmermänner und Hillermeiers und andere Gauweilers.

**Christian Sowade
Elisabeth Kronseder
Betriebsräte und ÖTV-Vertrauensleute**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die in unserer Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte wurden für alle Menschen in unserem Staat geschaffen. Deshalb sind die in letzter Zeit ausgesprochenen Verbote von Demonstrationen und Kundgebungen ein trauriges und warnendes Beispiel für die Aushöhlung unserer Demokratie. Das dürfen wir einfach nicht mehr hinnehmen. Wir sind verpflichtet, uns dagegen zu wehren. Deshalb unterstütze ich gerne den Aufruf zur Demonstration am 1.2.86 und werde auch selbst mich daran beteiligen.

**Josef Bergmann
Vorsitzender der SPD
Langquaid**

Eure Aktion gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit unterstützen wir. Wir sind bestürzt darüber, daß die Polizei am 12.10.1985 das ordnungsgemäß angemeldete und friedlich verlaufende Straßenfest in Haidhausen gestört und über 200 Personen wahllos verhaftet hat. Wir billigen es nicht, daß Herr Gauweiler vom Kreisverwaltungsreferat Demonstrationen untersagt und dies mit Begründungen, die dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14.5.1985 widersprechen. Demnach darf das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nur in besonderen Fällen und bei eindeutiger Beweislage eingeschränkt werden. Das Verbot von Herrn Gauweiler verstößt genau gegen dieses Grundgesetz.

**Die Grünen
Kreisverband Regensburg**

Gegen die Einschränkung des Versammlungsrechts ist der Protest aller Demokraten gefordert - gerade in Bayern, wo schon einmal mit dem verhängnisvollen Konzept der „Ordnungszelle“ der Demokratie der Garaus gemacht wurde. Das kam nicht über Nacht, so etwas beginnt auch nie plötzlich, das verläuft in einem Prozeß der Gewöhnung: man soll gegenüber solchen Willkürakten, wie es die jüngsten Verbote von Demonstrationen für demokratische Rechte durch das Kreisverwaltungsreferat München darstellen, abstumpfen und gleichgültig werden. Auch deshalb ist Protest geboten und gefordert.

Frieder Hitzler

Ich möchte nur auf eine Frage von Brecht hinweisen, die er im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz gegen Demonstrationen gestellt hat:

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

- Aber wo geht sie hin?

Ja, wo geht sie hin“

aus: **Drei Paragraphen
Der Weimarer Verfassung**

Wenn Sie nachlesen, wissen Sie auch, wie es enden wird, wenn durch Abbau unseres Demonstrationsrechts unser Grundrecht auf demonstrative Proteste immer mehr eingeschränkt wird.

„Wehret den Anfängen!“

Hanne Hiob

Dieser Staat ist nicht mein Staat. Solange das Kapital bestimmt, werden wir Menschen nicht glücklich werden können. Der Abbau demokratischer Rechte ist nur eine Folge des größten Durchmarsches des Großkapitals nach 1945. Als GRÜNER kämpfe ich deswegen mit allen, die sich dagegen wehren.

**Stadtrat in Kolbermoor
Sprecher des Landesarbeitskreises
„Rechtsentwicklung & Neofaschismus“
der bayerischen GRÜNEN
Klaus Weber**

Ich unterstütze Euren Aufruf zur Demonstration am 1.2.86, denn so kann es nicht weitergehen. Muß denn Bayern immer die Vorreiterrolle übernehmen, wenn demokratische Rechte überhöhlt werden? Es war ja schon damals so: vor der „Machtübernahme“ Hitlers wurde in Bayern das für das ganze Reich ausgesprochene Uniformverbot ignoriert, die braunen Banditen durften uniformiert herumlaufen! Und die letzten Jahre erst! Polizeiaufgabengesetz, Nürnberger Massenverhaftung ... jetzt der Bau der WAA, man kann ja gar nicht alles aufzählen. Und nun wollen sie auch noch die „Lex Brokdorf“ durch die Hintertür abschaffen. Wir können uns doch nicht alle demokratischen Rechte nehmen lassen! Da muß man sich einfach wehren!

**Hanna Zellner
2. Vorsitzende des Bund für
Geistesfreiheit, Regensburg**

An die Landeshauptstadt München
Kreisverwaltungsreferat

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einigen Wochen muß ich mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, daß das Kreisverwaltungsreferat Demonstrationen nicht genehmigt hat mit Begründungen, die eindeutig dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14.5.1985 widersprechen.

Danach darf nämlich das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, gerade weil ihm eine besondere Bedeutung zukommt, nur in besonderen Fällen und aufgrund einer eindeutigen Beweislage eingeschränkt werden. Geradezu abwegig ist u.a. die Begründung eines Demonstrationsverbots damit, daß die Antragstellerin wegen Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten vorbestraft sei. Wenn Majestätsbeleidigung bereits zum Verbot einer Demonstration führt, dann muß ich gegen eine solche obrigkeitstaatliche

Denkweise und ein derartig vordemokratisches Verhalten protestieren. Meines Erachtens verstößt dies gegen das Grundgesetz sowie die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts.

Ich erwarte von der Stadt München, daß sie dem Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und dem Recht ihrer Bürger, sich zu Protesten und Demonstrationen gewaltfrei zu versammeln, höchste Priorität einräumt.

Peter Kurz, MdL (SPD)
Vorsitzender der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Bayern

An die Organisator/innen der Demo für unser Widerstandsrecht am 1.2.1986 in München

Liebe FreundInnen, liebe Freunde,

bereits im Oktober hat sich unsere monatliche Mitgliederversammlung (des KV Nürnberg der Grünen) dafür entschieden, Eure Demonstration nach Kräften zu unterstützen. Die Haidhausener Polizeiübergriffe, aber auch die aktuellen Versuche der Landesregierung, mit Massenverhaftungen und brutalster Einschüchterung die Oberpfalz zu disziplinieren, werden ihren Zweck verfehlen:

Immer mehr Menschen erfahren dadurch, daß das Strauß'sche WAAnsinnprojekt auf Biegen und Brechen durchgesetzt wird, wie wenig ihre Rechte gelten und wie schamlos ihre Rolle als „brave, bayerische Untertanen“ ausgenutzt wird. Sie erleben, daß mit allen Mitteln der Herrschaft das Fundament zur Produktion von Atombomben errichtet wird und erhalten einen Begriff davon, was es heißt, demokratische Rechte wahrzunehmen.

WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT - dieser vor 10 Jahren in Whyl geprägte Satz gewinnt auch im „ruhigen Bayernland“ zunehmend an Substanz.

Die unglaubliche Beschneidung des Demonstrationsrechts in München hat daher wohl auch nicht zufällig ihren Ausgangspunkt in der ersten großen Manifestation bayerischen Widerstandswillens seit langem, der Anti-WAA Demo vom Oktober in München. Hieran sollten wir auch in Vorbereitung der Demonstration vom 1.2. anknüpfen.

Straße frei für den Widerstand - es gibt kein ruhiges Hinterland.

Für den Kreisvorstand
der Nürnberger GRÜNEN
Kurt Regenauer

Wir pfeifen auf die Schreibtischknechte des Herrn Strauß! Was ist das für ein Land, in dem vor dem Widerstandsrecht die Vorstellungen der CSU von „Ordnung und Sicherheit“ kommen? Die Friedhofsruhe nutzt allein der Regierung, daß sie ungestört ihre Maßnahmen gegen das Volk durchpeitschen kann. Wir stören die Friedhofsruhe!

Gegen ihren Sozialabbau
Gegen die dreiviertel Billion für die Bundeswehr und den nächsten Krieg.

Darum wollen sie uns das Demonstrationsrecht nehmen. Darum haben wir den Protest gegen den Polizeiüberfall in Haidhausen sofort mit auf die Straße getragen. Wir Studenten brauchen das Demonstrationsrecht,

- wenn uns Kohl das Bafög streicht,
- wenn wir Studiengebühren zahlen sollen,
- wenn der Zustand der Hochschuleinrichtungen immer armseliger wird, weil es die Vorkriegszeiten verlangen,
- wenn bayerische Sonderzustände die Hochschulen zu Drill- und Zuchtanstalten verkommen lassen sollen.

Darum werden wir tun, was in unseren Kräften steht, daß Studenten und andere Hochschulangehörige mithelfen für den 1.2. in München und am 1.2. in München.

Kommunistischer Hochschulbund
für die Zentrale Leitung
Hans Jürgen Schmitz

Liebe Freunde,

als Arbeiterin, Betriebsrätin und Gewerkschafterin unterstütze ich Eure geplante Demonstration am 1.2.86 gegen den Abbau des Demonstrationsrechts.

Tagtäglich erfahren wir am eigenen Leib im Betrieb, was Unterdrückung und Ausbeutung heißt. Heute werden Arbeiter von der Polizei für die Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung öffentlich geprügelt und eingesperrt. Morgen wollen uns die Herrschenden aufgrund der geplanten Änderung des § 116 AFG zur kampfunfähigen Arbeitermasse degradieren. Dies ist die Taktik der Regierung, mit der sie uns gefügig machen will. So hätte uns die Kohlregierung gerne: rechtlos und sprachlos.

Wir werden uns diese schwer erkämpften Rechte nicht nehmen lassen. Wir werden und müssen uns für den Erhalt der Demokratie einsetzen.

Sabine Petz
Betriebsratsvorsitzende der
Ostbayer. Lederfabrik Neutraubling

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

(...) In dem Bescheid vom 29.10.1985 der für den 30.10.1985 angemeldeten Kundgebung werden (...) ausschließlich Unterstellungen und Diffamierungen als Ablehnungsgründe vorgehalten. So wurde u.a. die Vorstrafe der Antragstellerin wegen Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten als Begründung des Demonstrationsverbotes herangezogen, weil diese Vorstrafe die Prognose für eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zulasse. Ebenso wird in unglaublicher Weise der Verlauf von Demonstrationen in anderen Städten der Bundesrepublik der Antragstellerin angelastet.

Wir protestieren energisch gegen dieses Vorgehen des Kreisverwaltungsreferates, das weder mit dem Grundgesetz noch mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes übereinstimmt, sondern ein Willkürakt der Behörde ist.

Wir erwarten von der Stadt München, daß sie das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wiederherstellt.

Mit freundlichen Grüßen,

Birgit König
Vorsitzende der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband München

*Was Zimmermann in Bonn
und Gauweiler in
München wollen...*



Demonstration
am 1.2.1986 in München

vers(t)andbuchhandlung

In Kürze erscheinen Angebotslisten zu wichtigen Daten des Jahres

neunzehnhundertsechszundachtzig:

- Freie Deutsche Jugend FDJ
(40 Jahre)
- Ernst Thälmann
(100. Geburtstag)
- KPD-Verbot
(30 Jahre)

sowie unsere aktuelle Lagerliste GESCHICHTE/POLITIK/GEWERKSCHAFTEN

Bei unserem Angebot handelt es sich um einzelne antiquarische Exemplare, die wir in der Reihenfolge des Bestelleingangs ausliefern (ab DM 40 portofrei!) Mit Lieferzeiten bei Nachbestellungen muß gerechnet werden, deshalb sofort...

*gewünschte
Angebotslisten
anfordern !*

vers(t)andbuchhandlung
antiquariat für literatur
und geschichte m.scharrer

franz-nißl-str.15
brd 8 münchen 50

telefon (089) 812 33 09
(vormittags und abends erreichbar)

Das Freie Buch

Nicolai Schpanow, Die Brandstifter

Wer Kriege verhindern will muß wissen, wie Kriege gemacht werden. Roman über den II. Weltkrieg, spannend wie ein Krimi, gerade wegen des umfassenden Quellenstudiums, das der Autor betrieben hat.
1076 Seiten

DM 19,80

Albert Norden, Um die Nation

Ein Lehrbuch deutscher Geschichte aus dem Blickwinkel des Arbeiters. Mit einem aktualisierenden Nachwort des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD.
506 Seiten

DM 10,-

Louis Köckert, Dachau... und das Gras wächst

Endlich! Die zweite, erweiterte Auflage des „Reports für die Nachgeborenen“.
„Louis Köckert hat sich so gründlich um diesen Ort und seine Bewohner gekümmert, daß daraus nicht zuletzt ein Buch wurde, das zu jenen Dokumenten gehört, um deren Überlieferung ihm gerade auch künftige Generationen dankbar sein werden.“

Thomas Schmitz-Bender

152 Seiten

DM 16,80

Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse

gegen Faschismus

Dimitroffs berühmte Rede auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Ihr Studium ist nach wie vor unerläßlich für jeden, der sich mit dem Faschismus, seinen

Ursachen und den Bedingungen des Kampfes dagegen auseinandersetzen will.

142 Seiten

DM 6,80

Thomas Schmitz-Bender, Quo vadis Bavaria?

Ordnungszelle Bayern und der Kampf gegen Strauß. Gegen die „Rettung aus den bayerischen Bergen“. Mit einem Anhang: realistisch gegen Strauß, der zur Grundlage der bekannten Reise durch die Republik „Brecht statt Strauß“ zur Bundestagswahl 1980 wurde.

59 Seiten

DM 4,-

Mihri Belli, Analyse der türkischen Linken

Umfassende Darstellung und Selbstkritik von einem, der selbst seit Jahrzehnten im Kampf gegen Reaktion und Faschismus in der Türkei steht. Ein wichtiges Buch für jeden, der sich für die türkische Linke, ihre Geschichte und ihre Perspektiven interessiert.

218 Seiten

DM 10,-

Marx/Engels, Kommunist Manifesto

Die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus in türkischer Sprache.

75 Seiten

DM 3,-

Elli Dost, Otto und Elli

Die Geschichte einer Arbeiterfamilie zwischen zwei Weltkriegen.

„Die Autorin hat ihrer Familie und damit dem verzweifelten Lebensmut der kleinen Leute ein einzigartiges Denkmal gesetzt.“

222 Seiten

tz, München
DM 12,80

Zwei Broschüren der unbequemen Tochter des unbequemen Bertolt Brecht:

Hanne Hiob, O du mein Herrnburg Die Auseinandersetzung um die westdeutsche Erstauflührung des „Herrnburger Bericht“ von Brecht/Dessau

27 Seiten

DM 3,-

Hanne Hiob, Idylle einer deutschen Kleinstadt

Günzburg und die Familie Mengele. Ein Erlebnisbericht

28 Seiten

DM 3,-

Roter Wecker, Unsere Zukunft wird gut

Lieder 1980-84. Texte und Noten zu Liedern der internationalen Solidarität und zur Lage im Land.

166 Seiten

DM 19,80

Roter Wecker, Freundschaft siegt!

Musikkassette, 90 min.

DM 15,-

Konrad Wolf, Ich war neunzehn

Der wohl bekannteste Film des DEFA-Registers. „Goethe und Auschwitz – wie soll ich das den Kindern erklären?“ fragt im Film ein sowjetischer Offizier, von Beruf Deutschlehrer in Kiew, deutsche Antifaschisten. Konrad Wolf versucht eine Antwort.

Alle Videosysteme

DM 89,-

Verlag Das Freie Buch GmbH
Tulbeckstr. 4, 8 München 2. Tel.: 089/5024834